Morgen-Ausgabe
Nr. 563 A 276 49. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: A 7 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT

MITTWOCH
30. November 1932

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts ..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hitler kommt zu Schleicher

Verhandlungen am Mittwoch — dann Bericht an Hindenburg

Wie die „Telegraphen-Union" von zuverlässiger Seite erfährt, hat Adolf Hitler sich entschlossen, dem Wunsche Schleichers zu entsprechen und wird heute vormittag zu einer Aussprache mit ihm über die politische Lage nach Berlin kommen.

Hitler soll gegen 9 Uhr in Berlin eintreffen und gleich anschließend dürfte die Besprechung stattfinden, so daß noch gegen Mittag dem Reichspräsidenten über das Ergebnis dieser Aussprache Bericht erstattet werden kann.

In den Nachmittagsstunden des Dienstags erstatteten der geschäftsführende Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und Staatssekretär Dr. Meißner dem Reichspräsidenten über den bisherigen Verlauf ihrer Fühlungnahme mit den Parteien und sonstigen Organisationen Bericht. Da die Besprechungen mit den Nationalsozialisten noch nicht beendet sind, konnte diese Berichterstattung vor dem Reichspräsidenten nur eine Art Zwischenbericht sein.

*

Die schon für gestern angesagte Unterhaltung Hitler-Schleicher wird für heute erwartet. Danach will, so heißt es, der Reichspräsident den Bericht Schleichers entgegennehmen und seine Entscheidung treffen.

Von der angeblich bevorstehenden Wiederbetrauung Papens ist es stiller geworden. Es ist auch nicht einzusehen, warum das Scheitern von Verhandlungen, die andere führen, zu einer Wiederernennung Papens führen müßte, mit dem überhaupt niemand mehr verhandeln will. Dagegen wird als neue Kombination erörtert, daß Papen als „geschäftsführender Reichskanzler" ohne förmliche Ernennung weiter wurstein könnte, und besonders Schlaue meinen, als in Demission befindlicher „geschäftsführender Reichskanzler" könne Papen kein Mißtrauensvotum erhalten, denn wer schon ins Wasser gefallen sei, der werde vom Regen nicht mehr naß.

Dann ist auch wieder viel von einem „Kampfkabinett" die Rede, das entweder von Schleicher oder von Papen gebildet werden soll. Gemeint sein kann damit nur ein Kabinett, das einen Kampf gegen das eigene Volk führt, und daß ein solches Kabinett gerade das ist, was Deutschland jetzt am wenigsten brauchen kann, glauben wir schon mit hinreichender Deutlichkeit gesagt zu haben. Ein solches Kampfkabinett würde natürlich auch ein Kabinett Hitler darstellen, für das die Nazipresse noch immer krampfhaft Reklame zu machen versucht. In dieser Situation das Schicksal Deutschlands einem Phrasenhelden anzuvertrauen, der noch nie praktische Arbeit geleistet hat und der mit einer unüberwindlichen Scheu vor wirklicher Verantwortung behaftet ist, wäre schon der nackte Irrsinn.

Nicht Rhetorik und Romantik, sondern nur Nüchternheit und gesunder Menschenverstand können einen Ausweg finden. Das aber sind Eigenschaften, die weder in Herrenklubs noch in Braunen Häusern zu Hause sind!

Wirtschaft weiß nichts

Keine Einflußnahme auf Regierungsbildung

Der Reichsverband der Industrie teilt mit: „Im Hinblick auf wiederholte Pressemeldungen, daß die Wirtschaftskreise bei der Kabinettsbildung um ihre Auffassung gefragt wären oder einen Einfluß auszuüben versucht hätten, ist festzustellen, daß weder der Reichsverband der Deutschen Industrie noch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in dieser Richtung irgendwie in Anspruch genommen worden sind oder eine Betätigung ausgeübt haben. Unzutreffend ist auch die Meldung, daß der Vorsitzende des Reichsverbandes, Herr Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, dabei eine Mittlerrolle zu spielen oder sonst irgendwie in die schwebenden Verhandlungen einzugreifen versucht hätte."

Neurath bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing gestern den aus Genf zurückgekehrten Reichsminister Freiherrn von Neurath zum Vortrag.

Gegen Papen-Kurs

Beschluß der Zentrumsfraktion

Die Zentrumsfraktion des Reichstags faßte am Dienstag nach einem Vortrag des Abg. Kaas einen Beschluß, in dem nochmals gegen das Papen-System Front gemacht wird. In der Entschließung heißt es u. a.:

„In Uebereinstimmung mit der Partei- und Fraktionsleitung hält die Fraktion an dem Ziel der Schaffung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft zwischen allen in Betracht kommenden Parteien fest. Nur auf diesem Wege kann dem Reiche in dieser gefahrvollen Zeit eine sichere, vom Volksvertrauen getragene verfassungstreue und soziale Staatsführung und dem erschütterten Wirtschaftsleben die notwendige Beruhigung gegeben werden."

Helft! Helft!

Opfer des Freiheitskampfes in Not

In den Büros der Gefangenen- und Verwundetenhilfe häufen sich Fragebogen und Berichte. In grausiger Deutlichkeit spiegeln sie das ungeheure Unglück, das der Mordterror und die Bürgerkriegshetze der braunen Armee über unzählige Arbeiterfamilien gebracht haben. Die Totenliste der Eisernen Front nennt 166 Gefallene; sie umschließt den Schmerz der Frauen und Kinder, die den Ernährer verloren haben, den Gram der Eltern, die ihre jungen Söhne hergeben mußten. Tausende trugen als Folge hinterlistiger Ueberfälle Verwundungen und Verletzungen davon, viele von ihnen sind zu Krüppeln geworden, für immer aus dem Erwerbsprozeß ausgeschaltet. 500 Kameraden sitzen in Gefängnissen und Zuchthäusern, Opfer einer einseitig urteilenden Sonderjustiz. 900 haben ihre Aburteilung noch zu erwarten.

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine Unsumme menschlicher Not. Die Witwen müssen, des Ernährers beraubt, sich eine Existenz schaffen. Aber oft heißt es in Berichten: „Es ist für die Witwe des Kameraden X. nicht möglich, Arbeit zu finden, weil in unserem Ort alle Arbeitgeber nationalistisch sind und niemand die Frau eines Reichsbannermannes einstellen will." Da muß die Gefangenen- und Verwundetenhilfe einspringen: hier durch die Beschaffung einer Nähmaschine, dort durch eine Beihilfe zur Errichtung einer Plätterei. In vielen Fällen muß sie beraten, Wege weisen: für die Erlangung einer billigeren Wohnung, für die Erziehung und Ausbildung der Kinder; sie muß wirtschaftlich helfen, ermutigen und aufrichten.

Am tragischsten ist das Schicksal der Verwundeten, die auf der Höhe der Kraft zu hilflosen Krüppeln geworden sind. „Der Kamerad B. hat in seiner Eigenschaft als Saalschutz bei einem Ueberfall durch Nationalsozialisten so schwere Kopfverletzungen davongetragen, daß er jetzt vollständig gelähmt ist und die Sprache verloren hat. Er wird nie wieder erwerbsfähig werden." So heißt es in einem Bericht und daran knüpft sich der Antrag: „Es müssen Mittel für eine laufende zusätzliche Unterstützung bereitgestellt werden, denn mit der geringen Unterstützung durch das Wohlfahrtsamt ist der Lebensunterhalt der Familie und die Pflege des Schwerkranken nicht möglich."

Der Vollzug der Gefängnis- oder Zuchthausstrafe ist für den Gefangenen selbst und für seine Angehörigen von einschneidender Bedeutung, zerstört oft die Existenz und bringt mindestens während der Haftdauer schwerste wirtschaftliche und seelische Not über die Angehörigen. Darüber sagen die Berichte: „Der Kamerad W. ist seit dem 6. Juli in Untersuchungshaft. Seine Frau ist während dieser Zeit niedergekommen. Sie leidet seelisch schwer unter der Ungewißheit der langen Untersuchungshaft. Dazu kommt die Sorge um den Lebensunterhalt. Seit der Mann im Gefängnis ist, ist sie mit der Miete im Rückstand; das Wohlfahrtsamt gibt eine monatliche Unterstützung von 12,60 M. für sie und die beiden Kinder. Wir helfen, soviel wir können, aber der Winter steht vor der Tür und es fehlt an allen Wintervorräten." — „Die Ehefrau des Gefangenen G. erhält für sich und ihre drei Kinder eine monatliche Unterstützung von 41 M. vom Wohlfahrtsamt. Dafür will die Gemeinde das kleine, mit Hypotheken belastete Häuschen noch mit einer weiteren Hypothek belasten, so daß die Gefahr des Verlustes dieses Eigentums besteht. Die Familie leidet bitterste Not, kann keine

Diktator a. D.

Ein Vergessener wird 70 Jahre

Wenn man einem Deutschen unter 30 Jahren heute den Namen des Herrn von Kahr nennt, so riskiert man die Antwort: „Bedauere, den Film habe ich noch nicht gesehen." Gustav von Kahr, der jetzt 70 Jahre alt wird, ist aber keine Filmfigur, sondern er war vor zehn Jahren ein Kampfakteur auf der politischen Bühne und beinah einen Tag lang Diktator Deutschlands. Er war einer der zahllosen „Retter", die das deutsche Bürgertum seit 1914 begeistert auf den Schild erhoben hat, um sie nach kläglichem Versagen ebenso schnell zu vergessen. Vor neun bis zehn Jahren schrieb die rechtsbürgerliche Presse über Herrn von Kahr grundsätzlich nicht anders als über den

„Bismarck des Südens".

In Wirklichkeit war Kahr ebenso ein Bismarck, wie heute Herr von Papen einer ist. Sein „bismärckisches" Genie bestand in einer engstirnig reaktionären Gesinnung, sein Verdienst um Bayern darin, eine Periode finsterster Reaktion herbeigeführt zu haben. Bayern wurde die „Ordnungszelle", in der Fememord und Justizmord miteinander wetteiferten. Die ganze Periode endete 1923 in einem Gemisch von Komödie, Krawall und wechselseitigem Verrat der nationalen Mannen.

Der Kapp-Putsch von 1920, der allein in Bayern zu dauerndem Erfolg der Reaktion führte, brachte Kahr an die Macht. Seine reaktionäre Herrschaft gewährte militaristischen Geheimverbänden und Verschwörerorganisationen Asyl. München wurde der Zufluchtsort für reaktionäre Mörder und Verschwörer. Wer sich aber in der Rätezeit mißliebig gemacht hatte, der wanderte unter irgendeinem Vorwand ins Zuchthaus wie Eisners Sekretär Fechenbach.

Dann kam das Jahr 1923, das Jahr der Ruhrbesetzung und Inflation. Es gab in München der Hitler-Bewegung ihren ersten großen Auftrieb. Kahr strebte danach, sich Hitlers zu bedienen, aber selber die Führung zu behalten. Im September 1923 ließ Kahr sich zum „Generalkommissar mit diktatorischen Vollmachten" für Bayern ernennen und nahm gleichzeitig den vom General von Lossow befehligten bayerischen Teil der Reichswehr „in Pflicht". Das war der klare Anfang einer Rebellion. Aber während Kahr noch mit den Konsequenzen zögerte, schlugen Hitler und Ludendorff los. Im Bürgerbräukeller spielte sich am 8. November das bekannte Affentheater ab, bei dem Hitler den zögernden Kahr mit Gewalt mitzureißen suchte. Ursprünglich hatte Kahr, begleitet von einigen Ministerkollegen, lediglich vor einer Versammlung von Münchener Bierphilistern eine Rede halten wollen. Aber Hitler ließ die Ausgänge besetzen, feuerte die berühmten

zwei Schüsse in die Decke

und zwang mit sanfter Gewalt Kahr und die anderen Minister ins Nebenzimmer. Nach kurzer Beratung erschienen die Heroen in schöner Einigkeit wieder. Kahr ließ sich von Hitler der beifallstosenden Versammlung als der Diktator Deutschlands vorstellen, freilich mit der Einschränkung, daß er dies Amt nur „als Platzhalter für einen künftigen Monarchen" übernehmen wolle. Unter Beifallsorkanen schüttelten sich Kahr und Hitler immer wieder die Hand zum Schwure ewiger Treue. Was nicht verhinderte, daß Kahr am nächsten Tage mit der Begründung,

„von Hitler vergewaltigt"

worden zu sein, Hitlers Kolonnen am Odeonsplatz zusammenschießen ließ. — Aber diese Schüsse beendeten auch Kahrs politische Laufbahn. Nachdem der Prozeß gegen Hitler und Ludendorff noch einmal das Intrigenspiel und die Wortbrüchigkeit der nationalen Mannen, — Hitlers gebrochenes Ehrenwort, Kahrs gebrochenen Treuschwur — ins hellste Licht gestellt hatte, mußte Kahr verschwinden. Auf einen ruhigen Verwaltungsposten abgeschoben, trat er 1931 in den Ruhestand.

Nun wird der „Diktator Deutschlands" siebzig Jahre alt. Wer denkt noch an ihn? Wenn nicht in einem famosen Roman Lion Feuchtwangers das Münchener Milieu des Jahres 1923 und in ihm das Porträt dieses kleinlichen Bürokraten festgehalten wäre, er würde für ewig vergessen sein.

Wievielen aber von den heutigen Rettern und großen Männern wird man noch abermals zehn Jahren den gleichen Nekrolog schreiben?!

Rauferei oder Rotmord

Wieder ein Nazi-Schwindel geplatzt

Eigener Bericht des „Vorwärts"

München, 29. November.

Wieder ist ein „Rot-Mord"-Schwindel der Nazis entlarvt. In der Nacht zum 2. Mai war es zwischen Bauernburschen in dem oberbayerischen Dörfchen Icking zu einer schweren Rauferei gekommen, bei der ein Mann tot, einer lebensgefährlich und ein dritter leichter verletzt auf dem Platze blieben. Zufällig war der Erstochene ein SA.-Mann.

Flugs machte die Nazipresse aus der Dorfburschenrauferei den „Rot-Mord von Icking" und tagelang nährte sich der „Völkische Beobachter" von den blutrünstigen Schilderungen der grausigen Taten. Die Beerdigung mußte zu einer „wuchtigen Demonstration gegen das marxistische Untermenschentum" dienen. Obwohl die Polizei bald nach sorgfältigster Untersuchung erklären ließ, es habe sich nicht der leiseste politische Anhalt als Ursache der Schlägerei ergeben, blieb der „Rot-Mord von Icking" dennoch das beliebteste Zugstück in der bayerischen Nazipropaganda. Jetzt hat ihr die Verhandlung vor dem Schwurgericht in München das Lebenslicht ausgeblasen. In der Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende fest, daß die Tat „eine Rauferei besoffener Bauernburschen" gewesen ist, die jedes politischen Motives entbehrte. Von den Angeklagten war nicht ein einziger politisch interessiert noch organisiert.

Licht- und Wassergeld in Rückstand, so daß Sperrung zu befürchten ist."

Daß der Vollzug der Strafe in vielen Fällen die gänzliche Zerstörung des Existenzaufbaues bedeutet, zeigt eindringlich folgender Fall: „Der Kamerad M., 26 Jahre alt, ist zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er ist Kaufmann und hat nach 1½jähriger Arbeitslosigkeit Ende Oktober wieder Anstellung bei seiner alten Firma erhalten. Auf diese Anstellung hin hat M. das Aufgebot bestellt und will am 30. November heiraten. Für den Strafantritt, der am 5. November erfolgen sollte, konnte ein Aufschub bis zum 15. Dezember erreicht werden. Eine weitere Strafaussetzung ist abgelehnt worden. Das bedeutet für M. den Verlust seiner Arbeit und jeder Aussicht, diese Stellung jemals wieder zu erhalten, sowie die völlige Zerstörung der wirtschaftlichen Basis, auf der er seine Ehe aufbauen wollte."

In solch knappen Worten, die durch ihre Kürze und Nüchternheit ergreifen, schildern Hunderte von Berichten ähnliche Verhältnisse. Alle enthalten den Schrei nach Hilfe. Alle aber auch berichten, was schon getan worden ist. Die Kameraden in den Strafanstalten sind nicht vergessen; regelmäßige Besuche, Versorgung mit Literatur, Lebensmitteln, Zigaretten gehören zum Arbeitsgebiet der Gefangenen- und Verwundetenhilfe, die es als ihre Ehrenpflicht betrachtet, alle Kräfte einzusetzen, um den gefangenen Kameraden während ihrer Haftzeit das Leben ein wenig zu erleichtern, vor allem aber sie zu beruhigen über das Schicksal ihrer Angehörigen.

Die Hilfe für die Angehörigen stellt die umfangreichste Arbeit für die Gefangenen- und Verwundetenhilfe dar und erfordert die meisten Mittel. Selbstverständlich werden alle Möglichkeiten, Hilfe aus den Mitteln der öffentlichen Fürsorge zu erhalten, in Anspruch genommen, aber in fast allen Fällen sind ergänzende Unterstützungen notwendig. Und hier hat die Solidarität der Arbeiterschaft sich wundervoll bewährt. Zahlreich sind die Fälle, in denen von Mensch zu Mensch geholfen wird, auf eine einfache und schlichte Weise, von der nichts nach draußen dringt, die aber das Gefühl des Vertrauens und der Beruhigung in den schwer betroffenen Familien aufrecht erhält. Da kommt die Vorsitzende eines Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt auf das Büro der Gefangenen- und Verwundetenhilfe und sagt: „Ich kann 15 Familien melden, die jede auf die Dauer von sechs Wochen das Kind eines politischen Gefangenen oder Verletzten zur Erholung aufnehmen will." Ein anderer Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt hat Kinderkleidung gesammelt und genäht und stellt sie zur Verfügung. Ein arbeitsloser Parteigenosse bringt einen Mantel und ein Paar Stiefel: „Vielleicht könnt ihr das gebrauchen — ich bin noch von früher her gut mit Kleidung versorgt."

Solidarität! Tief ist das Gefühl der gegenseitigen Verpflichtung und brüderlichen Verantwortung in der Parteigenossenschaft verankert. Aber die Einzelhilfe, so unerläßlich und wertvoll sie ist, reicht nicht aus. Die Notwendigkeit der Hilfe erstreckt sich auf einen so großen Personenkreis, erfordert in zahlreichen Fällen — besonders bei den Witwen und Waisen und den Schwerverwundeten — beträchtliche Mittel für den Wiederaufbau der Existenz, für die Fortführung der begonnenen Ausbildung der Kinder, laufende Zuschüsse zum Lebensunterhalt — Leistungen, die nur erfüllt werden können, wenn alle, die dazu irgend in der Lage sind, sich verpflichtet fühlen, zu helfen. Beim Parteivorstand ist ein zentraler Ausgleichfonds eingerichtet, die Bezirksleitungen der Partei und der Eisernen Front haben Unterstützungsfonds angelegt. Helft alle dazu beitragen, daß die Genossen in den Strafanstalten und Krankenhäusern über das Schicksal ihrer Familien beruhigt sein können. Sie gaben Leben, Gesundheit und Freiheit! Wir wollen helfen aus brüderlicher Gesinnung und Kampfverbundenheit!

Hungermarsch in USA.

New York, 29. November.

Ein neuer Hungermarsch nach Washington ist im Gange. Die Vorhut wird dieser Tage in Washington erwartet. Sie besteht aus mehreren tausend Vertretern von Arbeitslosen, Kriegsteilnehmern und Farmern. Sie wollen dem Kongreß ihre Forderungen, darunter Stundung ihrer Schulden, durch Delegationen unterbreiten.

Die Behörden sind entschlossen, den Hungermarsch gewaltsam zu verhindern. Einsetzung von Bundestruppen und Erlaß eines Demonstrationsverbotes stehen bevor.

„Schmeißt die Schweine raus!"

Nazi-Bürgermeister, Staatsanwalt und Götz von Berlichingen

Vor der Reichstagswahl hatte die Deutsche Staatspartei in Dessau eine öffentliche Wahlversammlung anberaumt, in der der Reichstagsabgeordnete Lemmer sprach. Diese Wahlversammlung, die in Dessau im „Hotel schwarzer Adler" stattfand, nahm einen äußerst stürmischen Verlauf. Der jetzige Bürgermeister Hofmann von Dessau, der gleichzeitig nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter ist, hat in dieser Wahlversammlung gerufen: **„Schmeißt die Schweine raus!"** Danach wurden die Mitglieder des Vorstandes und der Redner körperlich verletzt und zwar, wie der Oberstaatsanwalt von Dessau festgestellt hat, durch Wurf mit Eiern, Kartoffeln, einem Bierglas und zum Teil durch Fußtritte. Auf Grund des Vorkommnisses haben die Beteiligten Strafantrag gegen Hofmann gestellt. Der Oberstaatsanwalt in Dessau hat vor wenigen Tagen nunmehr darauf eine Antwort erteilt, in der er ein Einschreiten ablehnt. Er erkenne zwar eine öffentliche Beleidigung durch den nationalsozialistischen Bürgermeister an und ebenso stellt er die Körperverletzung fest. Gleichzeitig aber lehnt er Strafverfolgung mangels öffentlichen Interesses ab und erklärt, daß Lemmer „nicht in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter angegriffen worden sei, sondern als Politiker einer Partei".

Am bemerkenswertesten an der Haltung des Dessauer Oberstaatsanwalts aber, wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, ist der Schlußpassus der ablehnenden Begründung. Dieser Schlußpassus kann gleichsam als ein Festbeitrag des Oberstaatsanwalts zum Goethe-Jahr angesehen werden, denn er befaßt sich dabei mit der Bedeutung der bekannten Aufforderung des „Götz von Berlichingen". In der Begründung des Oberstaatsanwalts heißt es wörtlich:

„Die Frage, ob der Ausruf des Bürgermeisters Hofmann: „Schmeißt die Schweine raus!" als eine öffentliche Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten im Sinne des § 11 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 — RGBl. S. 297 — aufzufassen ist, muß verneint werden. Jede Aufforderung muß sich als ein ernstliches Verlangen äußerlich darstellen und erkennbar sein. Gleichgültig ist hierbei, ob der Auffordernde das Tun des Aufgeforderten in Wirklichkeit ernstlich wünscht. Es genügt das Bewußtsein, daß das erklärte Verlangen des Auffordernden als ein ernstliches von demjenigen, der die Aufforderung wahrnimmt, aufgefaßt werden kann und diese Auffassung als Erfolg der Erklärung gewollt wird. Danach müßte festgestellt werden, daß der Bürgermeister Hofmann das Bewußtsein hatte, daß sein Verlangen als ein ernstliches aufgefaßt wurde, und daß er diese Auffassung als Erfolg wollte. Diese innere Tatsache ließe sich nur aus Begleitumständen nachweisen.

Es steht fest, daß ein Teil der Nationalsozialisten eine größere Anzahl Eier und Kartoffeln zu Wurfzwecken in das Versammlungslokal mitgebracht hatte.

Es ist aber nicht erwiesen, daß Hofmann von der Mitnahme dieser Wurfgegenstände Kenntnis hatte. Wäre dies der Fall, so könnte hieraus der Schluß gezogen werden, daß Hofmann das Bewußtsein des ernstlichen Auffassens seiner Worte gehabt und daß er diese Auffassung als Erfolg gewollt hatte. Mangels dieser Feststellung kann nicht angenommen werden, daß Hofmann zum Werfen mit Gegenständen aufgefordert hat. Ebensowenig kann angenommen werden, daß Hofmann das Bewußtsein hatte, daß seine Worte so aufgefaßt würden, daß nun die Nationalsozialisten im Versammlungslokal nach vorn zur Bühne gingen, um die Teilnehmer der Versammlung, soweit sie zur Staatspartei gehörten, einzeln gewaltsam aus dem Saale zu entfernen. **Die Worte des Hofmann** sind eben nur als öffentliche Beleidigung zu würdigen und **haben denselben Sinn, wie die bekannten Worte des „Götz von Berlichingen". Auch hier wird niemand annehmen, daß der Aufgeforderte der Aufforderung nachkommen werde und daß der Auffordernde das Bewußtsein hatte, daß sein Verlangen ernstlich aufgefaßt würde."**

Dieser Oberstaatsanwalt von Dessau sollte wegen der glänzenden Interpretation eines weltbekannten Goethe-Wortes mit der Goethe-Medaille ausgezeichnet werden!

Freiheit im Nazi-Lande!

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Dessau, 29. November.

Das Naziministerium Freyberg hat einen neuen Meisterstreich verübt. Es hat gleichzeitig alle vier sozialdemokratischen Blätter des Landes verboten, weil sie nicht in Ehrfurcht vor seiner Regierungsweisheit erstarben. Aeußeren Anlaß bot ein Aufsatz, der sich gegen die dauernden Drangsalierungen der sozialdemokratischen Zeitungen durch das Naziministerium wendete. Da aber gerade jetzt der Anhaltische Landtag zusammentritt und wegen der katastrophalen Finanzlage für die Naziregierung sehr unangenehme Debatten zu erwarten sind, so wird das Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen aufgefaßt als ein Versuch, die einzige republikanische Presse des Landes an der Berichterstattung über die Wirtschaft der „nationalen Konzentration" zu hindern.

Wie in Anhalt —

so in Braunschweig

Braunschweig, 29. November.

Rektor und Senat der Technischen Hochschule sehen sich gezwungen, folgende Bekanntmachung am Schwarzen Brett in der Hochschule anzuschlagen:

„1. Die Pharmazeutenschaft der Technischen Hochschule hat eine gegen den Rektor gerichtete Beschwerde bei Rektor und Senat eingereicht, in welcher sie bezüglich der Vernehmung von Studierenden an Maßnahmen des Rektorats ungerechtfertigte und auch in der Form zu beanstandende Kritik übt.

2. Sechs Assistenten des Pharmazeutischen Instituts haben in der gleichen, sie selbst nicht weiter berührenden Angelegenheit energisch gegen die Art des Vorgehens des Herrn Rektors protestiert. Rektor und Senat stellen fest, daß sie sich damit **einer groben Disziplinwidrigkeit schuldig** gemacht haben.

3. Der Leiter des Pharmazeutischen Instituts hat „die Ausführungen des Vorstandes der Pharmazeutenschaft voll und ganz gebilligt" und gegen das Vorgehen des Rektors Beschwerde bei Rektor und Senat eingelegt.

4. Weiter haben nach vorliegenden Pressenachrichten Studierende wegen ihrer durch den Rektor erfolgten Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft Anzeige dahin erstattet, daß sie anläßlich ihrer Vernehmung in ihrer Freiheit beschränkt worden seien.

5. Der Leiter des Pharmazeutischen Instituts hat eine Anordnung des Rektors bezüglich der Entfernung einer nationalsozialistischen Fahne nicht Folge geleistet und die Ausführung der Anordnung verweigert.

Der Senat hat festgestellt, daß der Rektor alle Vernehmungen in völlig ordnungsmäßiger und gegen die akademische Sitte in keiner Weise verletzenden Form durchgeführt hat und daß die erhobenen Beschwerden wegen Vornahme der Vernehmungen ungerechtfertigt sind. Er billigt in vollem Umfange und in allen Einzelheiten das Vorgehen des Rektors.

Auf Grund der Verfügung des braunschweigischen Ministers für Volksbildung vom 21. und 26. November besteht für Rektor und Senat keine Möglichkeit, gegen die oben erwähnten Disziplinwidrigkeiten vorzugehen. Sie beschränken sich deshalb auf diese Bekanntgabe der tatsächlichen Vorgänge, zu der sie gezwungen sind, weil darüber bereits von anderer Seite Mitteilungen in die Presse gebracht wurden. Rektor und Senat warnen erneut vor Verstößen gegen die Hochschulgesetze und appellieren an den gesunden Sinn der Studentenschaft, sich auch von allen unüberlegten Schritten fernzuhalten, gerade, weil im Augenblick ein disziplinarisches Einschreiten der Hochschulbehörden nicht möglich ist."

Es sind herrliche Zustände, wo die Nazis herrschen: die akademischen Behörden müssen am Schwarzen Brett gegen den Naziminister für — Bildung polemisieren, der ihnen gegen die Lausbüberei der Hakenkreuz-Studenten jedes Mittel aus der Hand schlägt. Zu dem protestierenden Hochschulsenat gehört auch der Professor Rohloff, der gleichzeitig Führer der deutschnationalen Landtagsfraktion ist. Als solcher hält er bisher jedoch dem Klagges die Stange, so daß der papierne Protest am Schwarzen Brett zwar ein Zeichen der Zeit, aber doch ohne Wirkung bleiben dürfte.

Der in dem Anschlag erwähnte „Leiter des Pharmazeutischen Instituts" ist ein Professor Hermann, der von dem Hakenkreuz-Minister Klagges gegen den Willen der Hochschule in sein Amt berufen und von ihm sogar als Rektor in Aussicht genommen ist, sobald der gegenwärtige Direktor dem Rufe nach Berlin gefolgt sein wird.

Nationalsozialistischer Mord

Der zweite in wenigen Wochen

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Braunschweig, 29. November.

In der Oker wurde die Leiche eines 50jährigen Mannes entdeckt, der allem Anschein nach einem Fememord zum Opfer gefallen ist. Der von Anglern geborgene Tote trug ein Exemplar des Braunschweigischen Naziblattes in der Tasche. Die Untersuchung hat ergeben, daß der bis jetzt noch unbekannte Mann im Bürgerpark mit einer Eisenstange erschlagen und dann in die Oker geworfen wurde.

In der Hauptstadt des Herrn Klagges ist dies innerhalb weniger Wochen der zweite Fememord. Der erste wurde an dem SS.-Mann Kampe verübt, der in ein Auto geladen, unterwegs herausgeworfen und darauf von dem SS.-Mann Kaune erschossen wurde. Der Mörder ist bis heute noch nicht gefaßt.

Bullerjahn-Prozeß

Urteilsverkündung am Sonnabend

Leipzig, 29. November.

Im Bullerjahn-Prozeß suchte heute Reichsanwalt Dr. Nagel in seiner Replik auf die Ausführungen Professor Sinzheimers die Schuld des Angeklagten nochmals zu begründen. Vor allem, so führte Reichsanwalt Dr. Nagel aus, sei es sicher, daß bei der Waffensuche in den Berlin-Karlsruher Industriewerken Verrat im Spiele gewesen sei. Bullerjahn selbst habe dieser Ueberzeugung Ausdruck gegeben.

In seiner Antwort erklärte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld nochmals, die Auffassung des Reichsanwalts, daß Verrat vorliegen müsse, sei falsch. Es sei auch sinnlos anzunehmen, daß sich Bullerjahn an dem Werke habe rächen wollen, da die Firma durch einen Verrat nicht geschädigt werden konnte. Sie habe vielmehr infolge des Entschädigungsanspruchs aus der Waffenbeschlagnahme sogar Gewinn gezogen.

Nach einigen kurzen abschließenden Worten des Reichsanwalts erhielt der Angeklagte Bullerjahn das Schlußwort. Er sagte: „Ich habe mit der mir zur Last gelegten Tat nie etwas zu tun gehabt, und heute wie damals, als ich zum ersten Male vor dem Reichsgericht stand, kann ich nur wiederholen: Ich bin unschuldig!"

Anschließend fand noch eine kurze nichtöffentliche Sitzung statt. Die Urteilsverkündung wurde für Sonnabend, den 3. Dezember, mittags, angesetzt.

Zur Vortruppfrage

Beschluß des Bezirksparteitags

Der Berliner Bezirksparteitag hat zu der Vortruppfrage gegen wenige Stimmen den folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Reichsbanner gründet seit einiger Zeit sogenannte Vortrupps, d. h. organisiert Kinder vom 10. bis 16. Lebensjahr.

Der Bezirksparteitag sieht in dieser Tätigkeit des Reichsbanners eine weitgehende Ueberschreitung der Aufgaben, die dem Reichsbanner gestellt sind und eine erhebliche Störung der bewährten Erziehungsarbeit der Kinderfreunde und der Arbeiterjugend.

Der Bezirksparteitag verpflichtet alle Parteigenossen, insbesondere die Genossen im Reichsbanner, mit allen Mitteln der Vortrupporganisation entgegenzuwirken. Auf das Reichsbanner ist dahin einzuwirken, daß die bestehenden Gruppen des Vortrupp aufgelöst und in die Kinderfreunde- und SAJ.-Organisation übergeführt werden."

In der vorangegangenen Aussprache hatte Genosse Künstler dargelegt, daß die Vortrupps vom Reichsbanner auf eigene Faust ohne vorherige Verständigung mit den Organisationen der Eisernen Front gegründet worden waren.

Der Reichsrat hält seine nächste Vollsitzung am Donnerstag, 17 Uhr, ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. ein Gesetzentwurf über die Abkommen zur Vereinheitlichung des Scheckrechts, der Entwurf eines Scheckgesetzes und der Entwurf einer Verordnung über die Eichpflicht der zur Längenmessung und der zur Flächenmessung dienenden Meßwerkzeuge und Meßmaschinen. Ferner soll Beschluß gefaßt werden über die Wiedereinbringung des Entwurfs eines Wechselgesetzes im neuen Reichstag und über die Besetzung von zwei Reichsgerichtsratsstellen.

Zeitungsverbot. Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat die in Altona herausgegebene „Norddeutsche Zeitung" (Kopfblatt der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung") auf die Dauer von fünf Tagen verboten wegen Veröffentlichung eines angeblichen Berichts über eine sozialdemokratische Mitgliederversammlung, in dem eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Führer der Partei erblickt wird. Auch die kommunistische „Arbeiterzeitung" in Bremen ist auf die Dauer von 14 Tagen bis zum 13. Dezember verboten worden.

Verleumder verurteilt

Scheidemann-Beleidigung sechs Monate Gefängnis

Trier, 29. November

Das Schöffengericht verurteilte am Dienstag den Kaufmann und Nazimann Anton Lamberty aus Gerolstein wegen Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Ph. Scheidemann zu sechs Monaten Gefängnis.

In einer sozialdemokratischen Versammlung hatte Lamberty behauptet, Scheidemann sei am 16. und 17. Mai 1917 in Holland gewesen und habe im Beisein des französischen Botschafters mit dem französischen Spion Leutnant Desgranges verhandelt, damit keine Lebensmittel und kein Kupfer mehr nach Deutschland eingeführt würden, um dadurch zum Ende des Krieges und zur Revolution zu kommen. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte im Verlauf der Beweisaufnahme den Oberpräsidenten Noske, Reichstagsabgeordneten Landsberg und Reichstagsabgeordneten Dittmann als Zeugen zu laden. Sie sollten bekunden, daß die Sozialdemokratie im Kriege mit dem Spionagebüro Desgranges in Holland in Verbindung gestanden habe, und daß dieser Spion, der unter dem Namen Große der Sozialdemokratie angehört habe, mit Scheidemann auch beim Munitionsarbeiterstreik mitgewirkt habe. Das Gericht entsprach diesem Antrage. Am Dienstag waren die Zeugen und Scheidemann als Nebenkläger erschienen.

Scheidemann erklärte bei seiner Vernehmung, daß er im Kriege mehrfach Auslandsreisen unternommen habe, aber immer im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung. Reichskanzler Bethmann-Hollweg habe ihn verschiedentlich gebeten, im Sinne des Friedens zu wirken. Desgranges habe er in seinem Leben nie gesehen. Am 15. Mai 1917 habe er im Reichstag gesprochen und am 16. Mai verschiedene Verhandlungen gehabt.

Jedes Wort der Behauptungen, er habe gegen die Interessen Deutschlands gearbeitet, sei unwahr.

Auch eine Propaganda im Sinne der Revolution müsse er entschieden verneinen. Reichstagsabgeordneter Landsberg bezeugte, er halte für völlig ausgeschlossen, was in der Behauptung des Angeklagten aufgestellt werde. Das Buch Desgranges müsse er als ein

Sammelsurium von Lügen

bezeichnen. Desgranges habe aber in seinem Buch selbst gar nicht behauptet, was von dem Angeklagten vorgebracht worden sei. Oberpräsident Noske erklärte, es sei ganz ausgeschlossen, daß Scheidemann im Kriege Reisen zwecks Schaffung von Verbindungen mit dem feindlichen Ausland gemacht habe. Reichstagsabgeordneter Dittmann bezeugte, daß Anfang 1918 kein Munitionsarbeiterstreik gewesen sei, sondern ein Proteststreik gegen die kaiserliche Regierung und gegen den Gewaltfrieden mit Rußland. Dieser Streik sei nicht von der USP. oder den Mehrheitssozialisten inszeniert worden. Er bestritt, daß es innerhalb der Mehrheitssozialistischen Partei wie der USP. während des Krieges eine Gruppe gegeben habe, die mit dem feindlichen Ausland in Verbindung gestanden hat.

Der Staatsanwalt betonte in seiner Anklagerede, daß der angetretene

Wahrheitsbeweis kläglich gescheitert

sei. Die von dem Angeklagten aufgestellten Behauptungen seien objektiv unwahr. Der Vorwurf eines Landesverrats gegenüber einem Mann, der, wie Scheidemann, in Deutschlands schwerster Stunde auf verantwortlichem Posten gestanden habe, müsse als unerhört bezeichnet werden. Er beantragte gegen Lamberty 9 Monate Gefängnis und Publikationsbefugnis des Urteils in einigen Trierer und Gerolsteiner Zeitungen.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß der Wahrheitsbeweis völlig mißlungen sei, daß es dem Angeklagten nur darauf angekommen sei, die Gegenpartei verächtlich zu machen. Der Angeklagte habe ohne ernsthafte Prüfungen seine Behauptungen aufgestellt.

Nazi-Gefängnis von Hasselfelde

Der nationalsozialistische Amtsrichter Meynicke wurde suspendiert, weil er mit dem Untersuchungsgefangenen „Freiherr von Rabeneck" (in Wahrheit: Metzger) Autofahrten und Gelage veranstaltete.

„Küß mir den Nazibub." (Postkartengruß Metzgers)

Widerstand gegen USA.

Nationalistischer Vorstoß in der französischen Kammer

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Paris, 29. November.

In der Kammer kam es am Dienstagvormittag anläßlich der Beratung eines Gesetzentwurfs über die Genehmigung von Nachtragskrediten für das Budget 1931/32 zu einer bewegten Debatte über die Schuldenfrage.

Der nationalistische Abgeordnete Marin wandte sich gegen die Beratung des Gesetzentwurfs, weil die von der Regierung angegebenen Gründe für die geforderten Kredite unzureichend seien. Der Gesetzentwurf enthalte u. a. eine Forderung von 1½ Milliarden zur Ausgleichung der infolge des Hoover-Moratoriums nicht eingegangenen deutschen Reparationszahlungen. Angesichts des Fälligkeitstermins für die Schuldenzahlung an Amerika, meinte Marin, dürfe die Kammer diesen Kredit nicht bewilligen, ohne zu dem Schuldenproblem Stellung genommen zu haben. Der Redner wies darauf hin, daß seinerzeit bei der Ratifizierung des Schuldenabkommens mit Amerika eine Entschließung angenommen worden war, die besagt, daß Frankreich an Amerika nicht mehr zahlen dürfe, als es von Deutschland erhalte. Auf Grund dieser Entschließung müßte die Kammer jetzt klar zum Ausdruck bringen, daß Frankreich infolge des Fortfalls der deutschen Zahlungen nichts an Amerika zu zahlen habe.

Der Vorsitzende der Finanzkommission, Malvy, der Budgetminister Palmade und Unterstaatssekretär Paganon in Vertretung Herriots baten Marin, auf den Antrag zu verzichten, da eine Debatte über die Schuldenfrage während einer Kreditberatung nicht am Platze sei. Im übrigen wiesen sie darauf hin, daß Herriot versprochen habe, die Kammer nicht vor eine vollendete Tatsache zu stellen, sondern ihr noch vor dem 15. Dezember Gelegenheit zu einer Aussprache über die Schuldenfrage zu geben.

Marin bestand aber zunächst auf seinen Antrag und wurde darin von Franklin-Bouillon unterstützt, der sich in seinem gewohnten Hetzton gegen den Young-Plan und die Lausanner Abkommen aussprach. Auf Grund des Young-Plans, so erklärte er, habe Frankreich Mainz geräumt und auf Grund dieser Räumung steuere man jetzt einem neuen Krieg entgegen. (Lebhafte Proteste links und in der Mitte.) Wenn die Kammer vor der Lausanner Konferenz dem Ministerpräsidenten mehr Macht in die Hände gegeben hätte, hätte er dort nicht auf die Reparationen gegen vage Versprechungen Englands und Amerikas verzichtet. Eine Debatte über die Schuldenfrage sei notwendig, bevor die Regierung einen Beschluß gefaßt habe.

Schließlich machte Malvy dem Abgeordneten Marin den Vorschlag, seinen Antrag auf Verweigerung der Zahlungen an Amerika in Form einer Entschließung einzubringen, über die die Finanzkommission in zwei Tagen Bericht erstatten werde, so daß eine Debatte im Plenum in kurzer Zeit stattfinden könne. Marin erklärte sich damit einverstanden, worauf der Nachtragskredit in Höhe von 2,7 Milliarden Franken genehmigt wurde. Die Debatte über die Entschließung Marin wird wahrscheinlich am Freitag stattfinden.

Sondersitzung des englischen Kabinetts

London, 29. November.

Die Sitzung des britischen Kabinetts, die den Text der Note an die Vereinigten Staaten vor ihrer Absendung erwägen wird, begann am Dienstagabend 9 Uhr. Man nimmt an, daß der Besuch des Premierministers beim König dazu diente, die Lage in der Schuldenfrage darzulegen.

Mandschukuo

Völkerbundstagung am 6. Dezember

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Genf, 29. November.

Der Völkerbundsrat hat am Montag die Aussprache über den Mandschurei-Bericht der Lytton-Kommission beendet und die Streitfrage zur Beschlußfassung an die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes überwiesen. Japan enthielt sich der Stimme, weil es das gesamte Verfahren auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundspaktes für unzulässig erklärt.

Außenminister Hymans-Belgien hat die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes, die sich u. a. mit der Lösung des Mandschurei-Konflikts befassen soll, zum 6. Dezember einberufen.

Dollfuß-Reaktion

Deutschösterreichs Elend

Die Arbeitslosenversicherung und -fürsorge in Deutschösterreich ist bereits so oft durch neue Gesetze ergänzt worden — fast immer von den Sozialdemokraten zur Verlängerung befristeter Hilfsaktionen für Ausgesteuerte durchgesetzt —, daß jetzt die 28. Novelle gilt. Auch in ihr haben die Sozialdemokraten nicht verhindern können, daß zu den vielen Tausenden Ausgesteuerter immer neue Elendskandidaten gestoßen werden. Die Rechtsbürgerblockregierung aber hat soeben im Nationalrat erklärt, der Staat habe kein Geld, zu helfen.

Furchtbares Elend, das die Körper ausmergelt und den Geist zermürbt, lastet auf ungezählten Arbeitern und Angestellten „a. D.". Was noch an Exportmöglichkeit bestanden hat, ist durch die egoistisch-agrarische Zoll- und Einfuhrsperrepolitik der Regierung zerstört worden, noch dazu in einem Lande, dessen landwirtschaftliche Produktion aus zwingenden Gründen nicht imstande ist, das Volk zu ernähren. In Steyr allein, der weltbekannten Industriestadt, hungern 8000 Arbeitslose mit ihren Familien!

Die Währung Deutschösterreichs hat infolge dieser „autarkischen" Verhältnisse im Ausland mächtig an Wert verloren, was auch nicht ohne Einfluß auf ihre innere Kaufkraft geblieben ist — Teuerung ist die unabweisbare Folge.

Zu all der materiellen Not kommt die Erregung der Massen über offene Reaktion und dunkle Pläne einer Regierung, die den monarchistischen Heimwehrführer Fey gleich nach den von Hakenkreuzlern verschuldeten blutigen Ereignissen in Wien-Simmering zum Staatssekretär für — Sicherheit gemacht hat. Ganz überraschend fuhr Bundeskanzler Dollfuß mit noch zwei Ministern eines schönen Sonntags nach Budapest — angeblich zu rein wirtschaftlichen Verhandlungen. Da jedoch der ungarische Ministerpräsident Gömbös eben erst eine Pilgerfahrt nach Rom, dem Mekka aller Faschisten, hinter sich hat, wollen die Vermutungen nicht verstummen, daß über eine engere Gemeinschaft Italien-Oesterreich-Ungarn verhandelt wird. Das Volk aber, das seine Zukunft nur in der Verbindung mit der großen deutschen Republik sieht, will in eine derartige Sondergruppierung ebensowenig verstrickt werden wie in jene monarchistischen Gewebe, die in Ungarn offen von Staatswegen, in Bayern und Deutschösterreich zwar etwas verborgener, aber nicht weniger eifrig gesponnen werden.

Einen schäbigen Beweis ihrer Gesinnung haben die Dollfuß-Fey soeben geliefert, indem sie dem bekannten Schriftsteller Egon Erwin Kisch die Grenze nicht überschreiten ließen, als er einen längst angekündigten Reportervortrag in Wien halten sollte. Die Ausweisung des Reichsbannerkameraden Prinz Löwenstein wegen einiger antifaschistischer Worte ist noch nicht vergessen. Aber Hitlers Abgesandte können, ungehindert durch ihre Ausländereigenschaft, gegen die verfassungsmäßige und volksgewollte Demokratie hetzen und rüsten!

Deutschösterreich zahlt Dollars aus!

Wien, 29. November.

Die Oesterreichische Nationalbank teilt mit, daß sie die am 1. Dezember fälligen Zinsscheine und am 26. Oktober verlosten Schuldverschreibungen der Völkerbundsanleihe ab 1. Dezember in Dollarnoten einlösen wird. Auch früher fällig gewesene Zinsscheine und verloste Schuldverschreibungen dieser Anleihe, soweit sie noch nicht zur Einlösung gebracht wurden, werden in effektiven Dollarnoten ausgezahlt werden.

USA.-Vorschlag für Genf

Geringe Erfolgsaussicht

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Paris, 29. November.

Wie Pertinax im „Echo de Paris" berichtet, haben Herriot und Norman Davis-Amerika über folgenden Vorschlag zur Behandlung der Gleichberechtigungs- und Abrüstungsfrage beraten:

1. Deutschland soll die Gleichberechtigung gewährt werden. 2. Diese Gleichberechtigung soll aber erst nach einer gewissen Zeit in die Tat umgesetzt werden. Inzwischen sollen gewisse Sicherheitsgarantien ausgearbeitet und wenn möglich in Kraft gesetzt werden.

Aus dem französischen Abrüstungsplan soll vor allem der Vorschlag, die Reichswehr durch ein Volksheer mit kurzfristiger Dienstzeit zu ersetzen, durchgeführt werden.

Die anderen Kapitel des französischen Planes (Bildung einer internationalen Streitmacht usw.) werden als mehr oder weniger ideologisch betrachtet. 3. Das am 23. Juli von dem Hauptausschuß der Konferenz angenommene Programm für die qualitative Abrüstung soll sofort durchgeführt werden. 4. Die amerikanische Delegation ist der Meinung, daß eine Verständigung über die vorher erwähnten Punkte zwischen Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und Italien zustandekommen kann. Auf diese Weise würde Deutschland gezwungen werden, dem Abkommen zuzustimmen und Frankreich würde nicht mehr isoliert sein. 5. Ferner ist der Abschluß eines französisch-italienischen Flottenabkommens vorgesehen, das besagt, daß Frankreich nicht alle ihm zugestandenen Ersatzbauten für die veralteten Schiffe ausführt, wie das bereits jetzt der Fall ist. Auf diese Weise wird die Ueberlegenheit der französischen Flotte gegenüber der italienischen etwas geringer.

Pertinax fügt hinzu, er zweifle daran, daß Herriot auf diesen Plan eingehen könne. Denn sein

Glaube an den Wert der amerikanischen Sicherheitsgarantien sei seit dem Tage erschüttert, an dem Hoover trotz seines Versprechens vom Jahre 1931 die Unabhängigkeit der Schulden von den Reparationen forderte.

Ferner schließe der Plan eine Verringerung der militärischen Macht Frankreichs gegenüber Deutschlands in sich und sei auch durch das französisch-italienische Flottenabkommen für Frankreich ungünstig.

Sinowjew lebt

Die Todesnachricht dementiert

Die Berliner Vertretung der Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit: Die heute verbreitete Meldung über den Tod Sinowjews erweist sich nach offiziellen Informationen aus Moskau als den Tatsachen nicht entsprechend.

*

Die falsche Todesmeldung stammt vom WTB., das in vertraglicher Verbindung mit der russischen Telegraphenagentur steht und von dem man daher annehmen durfte, daß es nicht leichtfertig russische Nachrichten aus anderen Quellen verbreitet. Infolgedessen haben alle Berliner Abendblätter diese Meldung übernommen und kommentiert.

Der französisch-russische Angriffspakt wurde am Dienstagnachmittag im Quai d'Orsay von Herriot und dem russischen Botschafter Dowgalewski unterzeichnet. Herriot und Dowgalewski hielten kurze Ansprachen, in denen sie der Hoffnung Ausdruck gaben, daß der Pakt zur Herstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland und zur Befestigung des Friedens beitragen werde. Das historische Ereignis wurde getonfilmt.

Tricotagen, Handschuhe, Wollwaren aus unserem grossen Verkauf für das Weihnachtsfest

Damen-Pullover reine Wolle, uni, mit geflochtener Kragenpasse, viele Farben **3,90**

Sport-Pullover aus reinwollenen römischen Streifen, mit einfarbig. Rollkragen **4,90**

Verkauf soweit Vorrat!

Unterziehschlüpfer für Damen, fein gewirkt....Stück	**0,45**
Damen-Hemdchen fein gewirkt........ ....Stück	**0,65**
Damen-Schlüpfer Baumwolle, mit angerauht. Futter und Kunstseidenoffekten....Stück	**0,95**
Damen-Schlüpfer kunstseidene Decke, mit angerauhtem Futter..............Stück	**1,25**
Herren-Unterhosen lang, wollgemischt............Stück	**1,45**
Herren-Unterhosen lang, mit angerauhtem Futter, Stück	**1,65**
Herren-Unterhemden Vorderschluss, mit Doppelbrust, wollgemischt..................Stück	**1,95**
Trikot-Oberhemden für Herren, mit modernem Einsatz, St.	**1,45**

HERMANN TIETZ

Damen-Handschuhe Leder-Imitation, mit Glacénaht, mod. Schlupfform Paar **1,95**

Damen-Handschuhe Wildleder-Imitat., eleg. Ausstattung, mit grosser breiter Manschette, Paar **2,45**

Damen-Handschuhe reine Wolle, gestrickt, mit gemustertem Rand Paar **1,65**

Mengenabgabe vorbehalten!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. **Kreis. Zeitungskommission:** Donnerstag, 1. Dezember, Sitzung bei Bärwalde, Schlegelstr. 8. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

2. **Kreis.** Heute, 18 und 20 Uhr, Filmabend. Karten sind bei den Bezirksführern und auch an der Abendkasse zu haben. Achtung, Bezirksführer! Abrechnung heute bei der Vorstellung. Die Mitglieder des Bildungsausschusses müssen zur 20-Uhr-Vorführung anwesend sein.

3. **Kreis.** Donnerstag, 1. Dezember, 16 Uhr, Zusammenkünfte erwerbsloser Parteimitglieder, Wiklenowstr. 5. „Innenpolitische Information", Referent: Gottlieb Kreis. Unterhaltungsteil: Elfriede Baßmann. Putbusser Str. 22: „Gewerkschaft und Partei vor neuen Kampfaufgaben", Referent Siegfried Leo. Unterhaltungsteil: Genosse Aler. — **Kreisbildungsausschuß:** Heute Sitzung und Broschürenabrechnung bei Senkel, Utrechter Ecke Turiner Straße. Die Mitglieder des Kr. B. A. nehmen geschlossen an der Kulturtagung am Sonntag, 4. Dezember, 9 Uhr, im Plenarsaal des Berliner Rathauses teil. Pflichtveranstaltung.

6. **Kreis.** Die erwerbslosen Parteimitglieder treffen sich heute, 14½ Uhr, Platz der Republik 4, zur Besichtigung der Gerhart-Hauptmann-Ausstellung.

11. **Kreis.** Donnerstag, 1. Dezember, 16 Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder bei Will, Martin-Luther-Str. 60. „Der Wiederaufbau des Islam im Orient", Referentin: Erna Büsing.

13. **Kreis.** Donnerstag, 1. Dezember, 20 Uhr, bei Görlitz, Chausseestr. 19, Sitzung des Bildungsausschusses. (Jugendweihekommission 18½ Uhr ebendort.)

18. **Abt.** Heute, 20 Uhr, Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder Schönstedtstraße 1. — Donnerstag, 1. Dezember, Sitzung der Bezirksführer, Zeitungskommissionsmitglieder und der Mitglieder des Sonderdienstes bei Sorgatz, Uferstr. 12.

35. **Abt.** Die Sitzung der Bezirksführer findet erst am 6. Dezember bei Schrepel statt.

38. **Abt.** Heute, 20 Uhr, bei Pohl, Stargarder Ecke Lychener Straße, Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder. „Die Aufgaben der jungen Generation", Referent: Genosse Fränkel.

77. **Abt.** Heute Sitzung des Abteilungsvorstandes bei Werlaks, Hohenlohestraße 3.

81. **Abt.** Heute, 20½ Uhr, Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder bei Klabe, Handjerystr. 60—61. „Grundprobleme des Marxismus", Referent: Genosse Gurewitsch.

92. **Abt.** Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr, bei Behm, Wildenbruchstraße Ecke Kölnisches Ufer, Aussprachabend für Funktionäre, jüngere und interessierte Parteimitglieder. „**Gewerkschaften und politische Gegenwartsfragen**", Referent: **Franz Spliedt, M. d. R.**

98. **Abt.** Donnerstag, 1. Dezember, Agitationstruppe im Keller, Hannemannstraße 40.

101. **Abt.** Freitag, 2. Dezember, 16 und 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4 und 5, Engelufer 24—25, Frauenkundgebungen des Konsums, verbunden mit Modevorführungen und Warenausstellungen. Die Genossinnen werden um regen Besuch der Veranstaltungen aufgefordert. Anschließend Mitgliederversammlung bei George. „Die Partei vor neuen Aufgaben", Referent: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.

124a. **Abt.** Heute, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Draber.

136. **Abt.** Donnerstag, 1. Dezember, Mitgliederversammlung im Schützenhaus, Residenzstr. 1. „Die Partei vor neuen Aufgaben", Referent: Rud. Wissel, M. d. R.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

7. **Kreis Charlottenburg.** Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr, im Jugendheim Charlottenburg, Rosinenstraße, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt.

14. **Kreis Neukölln.** Mittwoch, 30. November, 18 Uhr, im Parteibüro, Fuldastraße, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt. Besprechung über die Winterhilfe. Erscheinen der Abteilungsleiter unbedingt erforderlich.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreuzberg: Heute Bastelkreis an bekannter Stelle. Alle Falken, die bisher gebastelt haben, müssen erscheinen, da die Arbeiten für die AW. schnellstens beendet werden müssen. Ablieferungstermin: 8. Dezember. — **Voranzeige!** Donnerstag, 1. Dezember, 19½ Uhr, Elternabend der Abt. Görlitzer Straße im Heim der Partei, Schlesische Str. 42. Alle Eltern müssen erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

Prenzlauer Berg: Heute spielt der Rote Kasper um 17½ Uhr in der Schulaula Danziger Str. 23. Eintritt für Kinder 10 Pf., Erwachsene 15 Pf., Kinder erwerbsloser 5 Pf. Gäste herzlich willkommen.

Charlottenburg: Achtung, Rote Falken! Heute, 17 Uhr, im Kreisheim, 1.-Hilfe-Kursus. Am Sonnabend, 16 Uhr, daselbst Falkenvollversammlung, anschließend Probe zur Wintersonnenwende. Alle Falken müssen erscheinen.

Treptow, Abt. Laura de Beste: Achtung, Jungfalken! Heute, Mittwoch, 17 Uhr, Falkenratssitzung an bekannter Stelle.

Hohenschönhausen: Heute, 17½ bis 19½ Uhr, im Heim Altes Schloß.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

32. Abt. Am 25. November verstarb unser Genosse **Bruno Jablonski**. Ehre seinem Andenken! Beerdigung heute, 15½ Uhr, St.-Andreas-Friedhof, Hohenschönhausen, Berliner Straße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

111. Abt. Unser alter braver Genosse **Paul Schiffke** ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Ehre seinem Andenken! Einäscherung Donnerstag, 1. Dezember, 13 Uhr, Krematorium Baumschulenweg.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Kreis Westen: Donnerstag, 1. Dezember, 19½ Uhr, Charlottenburg, Edenpalast, Kaiser-Friedrich-Str. 24. Die Spielmannszüge Tiergarten, Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Zehlendorf und Schöneberg zur Kreisübungsstunde. — **Weißensee-Hohenschönhausen** (Ortsverein): Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Hackwitz. Referent: Kam. Major Heinrich. — **Weißensee** (Ortsverein): Unser Kamerad Ludwig Hobupp ist verstorben. Einäscherung Mittwoch, 30. November, 16½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Treffpunkt 16½ Uhr. Beteiligung Ehrenpflicht.

Arbeiter-Stenographenverein Groß-Berlin. Uebungskurse in verschiedenen Geschwindigkeiten sowie Redeschriftkurse in Reichskurzschrift. — **Norden:** Schulstraße 59. 60—150 Silben. Montags 19½ Uhr. — **Nordosten:** Jugendheim Danziger Str. 62. Dienstags 20 Uhr. 100—150 Silben, Debatte. — **Neukölln:** Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 208—210. Donnerstags 19½ Uhr.

Bund deutscher hirnverletzter Krieger e. V., Bezirksgruppe Berlin und Mark Brandenburg. Am Freitag, 2. Dezember, pünktlich 19½ Uhr, Monatsversammlung im Vereinslokal C. Brandenburg, Berlin C. 2, Stralauer Str. 3—6. Aerztlicher Vortrag von Herrn Dr. Fritz Fränkel über „Hirnerkrankungen".

Deutsche Kakteen-Gesellschaft E. V., Ortsgruppe Berlin. Freitag, 2. Dezember, 19½ Uhr, Restaurant „Wilhelmshof", Anhalter Str. 12. Lichtbildervortrag Dr. Werdermann: „Meine Brasilienreise 1932".

Longfellow English Debating Club. Bülowstr. 104: Heute abend, 8¼ Uhr: General discussion: „What I like and dislike in my profession". **Gäste willkommen.**

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Mittwoch, den 30. November
Staatsoper Unter den Linden 20 Uhr **Wozzeck**
Staatliches Schauspielhaus 20 Uhr **Nathan der Weise**

VOLKSBÜHNE Theater am Bülowplatz Norden 6536. Letzte 3 Vorst., 8¼ Uhr **FANNY** von Marcel Pagnol. Deutsch von Bruno Frank — Regie: Heinz Hilpert. Dorsch, Tiedtke, Valetti, Siedel, Verhoeven, Stein, Almas

SCALA Täglich 5 u. 8¼ Uhr **Heute letzter Tag! BUSTER WEST** Der komischste Tänzer der Welt **CONCELLOS** Die Könige d. Luft **MAX ADALBERT FR. GRÜNBAUM** usw.

Deutsches Theater Weidend. 5281 Heute geschloss. Donnerstag, 8 Uhr **Premiere Harmonie** von Franz Molnar Inszen. Max Reinhardt

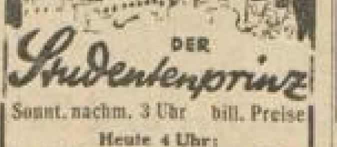
Kammerspiele Täglich 8 Uhr Vorletzte Vorstellung **Michael Kramer** von Gerhart Hauptmann. Klöpfer, Meizer, Friesch, v. Platen, Kaiser, Liebeneiner

PLAZA 5 u. 8½, Sbd. 2, 5, 8½ U. **Heute letzter Tag! Die Bajadere**

Renaissance-Th. Steinpl. 6780 Täglich 8½ Uhr Ueber 225 x **Truppe 1931 Die Mausefalle** Mittw. u. Sonnabd. 4 Uhr Schneewittchen

Theater i. d. Stresemannstr. Täglich 8½ Uhr **Zu wahr, um schön zu sein** v. G. B. Shaw. Moissi, von Thellmann, Bertens, Evans, Otto, Sima, Wiemann, Deppe, de Kowa.

Lessing-Theater Täglich 8½ Uhr **Grete Mosheim Oskar Homolka** in **Pygmalion**

GROSSES SCHAUSPIELHAUS Täglich 8 Uhr **DER Studentenprinz**

Sonnt. nachm. 3 Uhr bill. Preise. **Heute 4 Uhr: Rosinchens wunderbare Reise** Ein Weihnachtsspiel für Kinder. Preise von 60 Pf. ab

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr **Lothringer Straße 37.** Nur noch bis Freitag: **Die Liebe blüht in Werder** Sonnabend zum 1. Male auch Sonntags 4 Uhr **Alles um Lotti** Schlager-Posse m. Gesang u. Tanz. Für die Leser Gutschein 1—4 Personen, Parkett 0,50, Fauteuil 0,75, Sessel 1,25 M.

Winter-Garten 8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erlaubt. **Birkmeyer** und sein **Wiener Ballett** 3 Arconas, 2 Burley's, Hans Kolischer, 10 Brox, Yra & Ottare usw.

Städt. Oper Charlottenburg Fraunhofer 0231 Mittwoch, 30. Nov. 20 Uhr Turnus III **Der Schmied von Gent** Rode, Müller, Friedrich, Steier, Burgwinkel, Gonszar, Gombert, Guttmann, Baumann. Dirigent: Breisach

Schiller Theater Bismarckstr. (Knie) Steinpl. (C 1) 6715. 8¼ Zum 4. Male **Robert und Bertram** Alfred Braun, Paul Heidemann, Senta Söneland. Stg. 4. Dez. 11½ **Literarisches Matinee** Zeitungsnotizen von E. Kalkowska

Komödienhaus Schiffbauerdamm 25 D 2 Weidend. 6384—85 8¼ Uhr **Kasimir und Karoline**

Deutsches Künstler-Th. Nürnberger Str. Tel. Bavaria 6466 Tägl. 8¼ Uhr **Leopoldine Konstantin** in: **Die Nacht zum 17. April** Schroth, Steinbeck, Gebühr, Brionne, Wolfe, Picha

Theater im Admiralspalast Merkur 9901 Täglich 8¼ Uhr **Hans Albers Liliom**

Theater des Westens Steinpl. 5121 Täglich 8¼ Uhr Der Sensationserfolg **Katharina**

Metropol-Theater Täglich 8¼ Uhr **Fritzi Massary** in **Eine Frau, die weiß, was sie will!**

Stettiner Sänger Reichshallen-Theater 8.15 Sonntag 3.30 zu ermäßigten Preisen. **Melodie des Glücks** und das November-Programm

Willi Schaeffers Nürnberger Str. 50 **Kabarett für Alle** 4 Uhr Täglich 2 × 9 Uhr Das sensationelle Kabarett-Programm Abendpreise 1—3 Mk. **Nachm. Gedeck 1,25** Jeden Sonnabend 11½ Uhr: Nachtvorstellung

Kurfürstend.-Th. Kurfürstendamm 209 Tel. Bism. 1409 Tägl. 8¼ Uhr **Glückliche Reise** von Bertuch und Schwabach Musik: Künneke Regie: Peukert **Hans Schindler** mit seinen Jazz-Symphonikern. Vorverkauf ununterbrochen

B. B. B. Bendows Bunte Bühne Kottbusser Straße 6 Oberbaum 2560 früher „Elite-Sänger" **„Hier können Familien Kaffee kochen"** Tgl. 8¼ U. Sonnt. nachm. 3½. Preise von 50 Pf. an

Rose-Theater Große Frankfurter Straße 132 Tel. Weichsel E 7 3422 5.15 und 8.30 Uhr Der **Zigeunerbaron**

Homöopathie Nieren-, Blasen-, Leber-, Gallen-, Magen-, Darmleiden u. Nervenl. Behandl. nur 2 M. **Löser** Münzstr. 9 10-2, 4-7, Sbd. h. 2

Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter zu Berlin SO 36, Oranienstraße 39

Einladung

zur **ordentlichen Ausschußsitzung** am **Donnerstag, dem 8. Dezember,** 16½ Uhr, im Kassenlokal SO 36, Oranienstr. 39. — Tagesordnung: 1. Festsetzung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1933. 2. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung des Rechnungs- u. Geschäftsabschlusses für das laufende Jahr. 3. Satzungsänderung und Aenderung der Wahlordnung. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand:
Hermann Ehrlich, Vorsitzender.

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht unseren Baugenossen mitzuteilen, daß unser Vorstandsmitglied

Paul Schiffke

am Sonntag, dem 27. November, verstorben ist.

Wir verlieren in ihm einen Mitbegründer und treuen Mitarbeiter, der in 30jähriger, uneigennütziger Tätigkeit seine ganze Kraft der Genossenschaft zur Verfügung stellte. Durch sein Wirken und seinen lauteren Charakter hat er sich selbst ein dauerndes Denkmal in unser aller Herzen gesetzt.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 1. Dezember, 13 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Arbeiterbaugenossenschaft „Paradies"
zu Berlin-Bohnsdorf, E. G. m. b. H.
I. A.: A. Welcker, G. Dorner.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands

Am Sonntag, dem 27. November, verstarb nach kurzem Leiden im Alter von 66 Jahren unser langjähriger Freund und Kollege

Paul Schiffke

Berlin-Bohnsdorf, Paradiesstraße 5.

Viele Jahre war er als Funktionär des Verbandes in vorbildlicher Weise tätig. Noch bis zu seinem Tode hat er Funktion im Gesellenausschuß ausgeübt.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Die Ortsverwaltung.

Einäscherung am Donnerstag, dem 1. Dezember, 13 Uhr, in Baumschulenweg. — Um rege Beteiligung wird gebeten.

WEIHNACHTS-LOS **50 PF.** GEWINNE IM WERTE VON **450000 MK** ZIEHUNG: 20. u. 21. DEZ. 1932 **ARBEITER-WOHLFAHRT**

Lose zu haben: Bei den Kreisleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt, Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft, Vorwärtsfilialen, Wertheim, Singer und Hermann Tietz

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf. Wiederholungsrabatt: 5 mal 5%, 8 mal 7½%, 12 mal 10%, oder 1000 Worte Abschluß 10%, 2000 Worte 15%, 4000 Worte 20%. Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Kochherde jeder Art u. Größe. Riesenauswahl. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Semmler und Wienberg, Dresdenerstraße 99, Jannowitz F 7 6631.

Linoleum Zillar, Kolonie-straße 9.

Kachelöfen, transportable, 35,— an. Großmann, Prinzenstraße 90.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Hosen für Zimmerer und Maurer. Wilhelm Bahr, Brunnenstraße 73.

Damenmäntel- Fabrik verkauft einzeln unter Engrospreisen. Kronenstraße 47, parterre.

Leihhaus Lewicki verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe, Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt! Keine Lombardware. Prinzenstraße 105, eine Treppe.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima" Auflegematratzen. Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarder Straße achtzehn. Kein Laden.

Schlafzimmer 190,— bis 850,—. Frisiertoiletten 25,—, Waschkommoden 75,—. Möbelpolierwerkstätten. Möbelgroßlager Ramerling, Kastanienallee 36 (Ecke Fehrbellinerstraße). Kassaverkauf, auch Teilzahlung.

Polsterstühle 6,50, Sessel billigst. Stuhlfabrik, Müncheberger Straße 21, am Schlesischen Bahnhof.

Im Marstallgebäude, Breitestraße 36, gebrauchte Möbel spottbillig.

Musikinstrumente

Prachtpianos, zehnjährige Garantie, 600,—, Gebrauchte 150,—. Monatsraten 15,—. Reparaturen, Stimmungen. Angerböfers Pianofabrik Große Frankfurter Straße 48, Kirchdurchgang.

Einspianos, gute, gebrauchte, ab 150,—. Reparaturen, polieren und modernisieren. Philipp Link, Brunnenstraße 35.

Fahrräder

Opelballonräder, Dürkoppballon, Diamantballon, Wandererballon, Wittlerballon, Kinderräder. Monatszahlung 10,—. Spezialballon 32, 45,—. Schlawe, Heinmetherstraße vier.

Ihr Schneider

Maßanzug, Maßmantel, ab 80,—. Monatsrate 10,—. Berolina 2367.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 20, Haltestelle Adalbertstraße.

Zahngebißbrücken, Goldbruchabfälle, Platinbruchsachen. Silberschmelzerei Christionat, Köpenickerstr. 20a (Haltestelle Manteuffelstraße).

Die „Chemnitzer Volksstimme"

sucht für den **1. Januar 1933** einen selbständigen

Wirtschaftsredakteur

der auch als politischer Redakteur tätig sein und vertretungsweise die Leitung der Redaktion übernehmen muß. — **Bewerbungen** sind bis spätestens **15 Dezember** einzureichen an den Vorsitzenden der Preßkommission, Genossen **Bernhard Kuhnt, Chemnitz, Zimmerstraße 19.**

Kann Berlin sich noch selbst helfen?

Wie die Sparschraube angesetzt wird — Notwendige Arbeiten bleiben liegen

Am Donnerstag wird der Berliner Etat voraussichtlich in dritter Lesung verabschiedet werden — so oder so. Die Stellung der Parteien zu diesem Haushalt der Not ist bekannt. Auch die Beratungen der dritten Lesung haben in der Stadtverordnetenversammlung kein neues Moment kritischer Betrachtung gebracht. Dagegen sind diesem Etat in der Presse zwei Kritiker in zwölfter Stunde erstanden, die mit gänzlich neuen Argumenten gegen ihn zu Felde ziehen.

So wird in einer Montagszeitung errechnet, daß alle Ersparnisse dieses Sparhaushalts nur eine „optische Täuschung" seien und daß noch ganz andere Maßnahmen zum Ausgleich des Haushalts ergriffen werden müßten und könnten — selbst nach Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Der andere Kritiker, ein Mann des „Tatkreises", verlangt nicht mehr und nicht weniger als daß das Kapitel „Zinsendienst" rund und schlicht gestrichen werde! Die beiden Ratgeber stimmen also darin überein, daß die Stadt sich auch heute noch aus eigener Kraft helfen könnte. Was ist daran Wahres?

Der erste Radikalkritiker rechnet aus einer erstaunlich oberflächlichen Gegenüberstellung der Ausgaben in den Jahren 1930/31 heraus, daß die Ausgabensenkung „zum großen Teil" auf das Konto „Wohnungswesen" entfalle und daß hierbei nur der „durchlaufende Posten" der Hauszinssteuer weggefallen sei, da die Stadt vom Reich keine Hauszinssteuer mehr erhalte. Es werde also eigentlich gar nicht gespart. Ein ganz närrischer Schluß, dem ja alle Erfahrungstatsachen,

alle schmerzlichen Einschränkungen auf den Gebieten der Schule, des Gesundheitswesens, der Besoldung und den übrigen Aufgabengebieten der Stadt ins Gesicht schlagen.

Wenn man die Ausgabensenkung in ihrem Wesen und in ihrem Ausmaß richtig beurteilen will, muß man die Wohlfahrtslasten und den übrigen Haushalt gesondert betrachten. Und um sich vor dem Irrlicht „durchlaufender" Posten zu schützen, muß man die Ausgaben nicht allein betrachten, sondern in ihrem Verhältnis zu den Einnahmen, d. h. man muß den sogenannten „Zuschußbedarf" der einzelnen Verwaltungsgebiete miteinander vergleichen.

Wie rigoros gespart wird

Der Zuschußbedarf aller übrigen Verwaltungsgebiete außer der Wohlfahrt ist in den zwei Jahren seit 1930 **von 282 Millionen Mark auf 189 Millionen, also um genau 33 Proz. gesenkt worden.** Hieran ist die Schule mit 30 Proz. (von 121 auf 80 Millionen), das Gesundheitswesen mit 44 Proz. (von 50 auf 28 Millionen), die Bauverwaltung mit 33 Proz. beteiligt. Ist das wirklich nichts? Ist das nur eine „optische Täuschung"? **Der Zuschußbedarf der Wohlfahrt ist in der gleichen Zeit von 238 auf 324 Millionen gestiegen,** also um 36 Proz. Und der Steuerertrag sank von 498 auf 389 Millionen.

Der Kritiker des Montagsblattes folgert aus seiner oberflächlichen Rechnerei, daß die Stadt auch in besserer Zeit mit ihren jetzigen Ausgaben nicht auskäme. In Wirklichkeit lehrt ein einziger Blick auf diese Zahlen, daß Berlin selbst aus dem jetzigen abnorm niedrigen Steuerertrag außer diesen Ausgaben noch den Zuschußbedarf der Wohlfahrtspflege etwa in der Höhe des Jahres 1929 (190 Millionen) decken könnte. Nur die unmögliche Aufbürdung der gesamten Wohlfahrtslasten in dieser Krisenzeit führt zu den unmöglichen finanziellen Zuständen der Städte.

Und die Ausgaben sind so weit gesenkt, daß sie ohne schwerste Schädigungen keinesfalls mehr lange auf diesem Tiefpunkt gehalten werden können.

Es bleibt schon dabei: die Städte haben getan, was sie konnten. Und insbesondere Berlin hat im letzten Jahre eine finanztechnische Musterleistung unter schmerzlichstem Verzicht auf die Erfüllung wünschenswerter und sogar notwendiger Aufgaben vollbracht — aber es ist nun auch am Ende seiner Kraft und kann sich nicht mehr selber helfen.

Also — sagt der „Tatkreis"-Kritiker — die Zinszahlungen einstellen! Und mit diesem Gelde ein Arbeitsbeschaffungsprogramm finanzieren. Zur Durchführung eines solchen Programms dürfte es nur nach der Einstellung des Zinsendienstes nicht mehr kommen! Sollte sich der Schreiber nicht vorstellen können, welche unmittelbaren und sofortigen Folgen die erklärte Zahlungsunfähigkeit der deutschen Reichshauptstadt haben würde und haben müßte? Und würde die mit soviel Inbrunst herbeigesehnte „berufsständische Bürgerschaftsvertretung" auch nur eine von diesen Folgen abwenden können?

Wenn Berlin seinen Schuldendienst einstellen würde oder besser müßte, so hätte das Reich selber jedenfalls dabei weit mehr zu zahlen, wären seine eigenen finanziellen Verluste weit höher als bei einer vorsorglichen Hilfeleistung. Daran würde kein noch so schönes kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm auch nur einen Deut ändern. Es ist nun eben heute leider so, daß keine Stadt, auch nicht die Reichshauptstadt, von sich aus in der Frage der Arbeitsbeschaffung irgendeinen entscheidenden Schritt tun kann, weil in den Gemeinden jeder Pfennig neben Löhnen, Gehältern und Schuldendienst für die Aufrechterhaltung der Unterstützungen und Fürsorgeeinrichtungen gebraucht wird. Die Hand am Hebel der Arbeitsbeschaffung hat allein das Reich — und die Sozialdemokratie hat es nicht an Mahnungen und Warnungen, aber auch nicht an Vorschlägen fehlen lassen.

Bürgschaften der Stadt

In der „guten" Zeit hat die Stadt Berlin in zahlreichen Fällen für Vereine Bürgschaften übernommen. Jetzt, da die Pleite regiert, sind auch angesehene und ehemals finanziell starke Vereine in Schwierigkeiten geraten und die Stadt muß nun auf Grund der geleisteten Bürgschaft einspringen. Der erste Fall dieser Art beschäftigte den Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung. Es handelt sich um einen Tennisklub, die verbürgte Summe beträgt 7000 M. Der Ausschuß vertagte seine Entscheidung, um durch ein juristisches Gutachten erst die Rechtslage genau feststellen zu lassen.

Brand im Schauspielhaus

Verhängnisvolle Zigarette — Junger Schauspieler schwer verletzt

Bei der gestrigen „Faust"-Probe im Staatlichen Schauspielhaus am Gendarmenmarkt entstand gegen 15.30 Uhr durch die Unvorsichtigkeit eines jungen Schauspielers Feuer, das um ein Haar schwerste Folgen gehabt hätte. Mit gefährlichen Brandverletzungen mußte der 20jährige Schauspieler Erich Schwarz aus der Fasanenstraße 44 in die Charité gebracht werden. Der plötzliche Feueralarm hatte unter den zahlreich anwesenden Schauspielerinnen und Schauspielern größte Aufregung verursacht. Die Probe mußte abgebrochen werden.

Entgegen dem strengen Rauchverbot zündete sich Schwarz während einer kurzen Pause in der Chorsängergarderobe eine Zigarette an. Dabei fiel ihm das Zündholz aus der Hand und setzte sein Kostüm, das aus leichten Stoffen bestand, in Brand. Lichterloh brennend eilte der Unglückliche auf den Gang hinaus, wo Kollegen, die durch die gellenden Hilfeschreie alarmiert worden waren, hinzueilten. Geistesgegenwärtig öffneten einige Männer den Hydranten und bewahrten dadurch den bereits bewußtlos am Boden Liegenden vor dem Flammentod. Schwarz hatte am ganzen Körper schwere Verbrennungen erlitten. Besonders im Gesicht sind die Wunden sehr schwer, da die aufgeklebten Barthaare und die Perücke in Flammen aufgingen. Der Schwerverletzte wurde in die Charité gebracht.

Auf dritten Alarm war Oberbaurat Footh von der Wache Hafenplatz mit drei Löschzügen an die Brandstelle geeilt. In der Zwischenzeit war das Feuer, das auf einige Garderobenstücke übergegriffen hatte, von der ständigen Hauswache gelöscht worden. Man kann von Glück sagen, daß der Vorfall, der sich im dritten Stockwerk abspielte, nicht noch schwerere Folgen nach sich gezogen hat. Der Unglücksfall erbringt wieder einmal den Beweis, wie berechtigt das scharfe Rauchverbot in allen Theatern und Lichtspieltheatern sowie in den Filmateliers ist, besonders bei den letzteren, wo Arbeiter und Komparsen, die beim Rauchen erwischt werden, rücksichtslos auf die Straße fliegen, während manchem allgewaltigen Regisseur, sowie mancher und manchem Prominenten das Rauchen nachgesehen wird. Der Vorfall wird der Intendanz des Staatlichen Schauspielhauses erneut Veranlassung geben, noch schärfer als bisher, für die Einhaltung des Rauchverbots Sorge zu tragen.

„Pankgrafen"

Der Ueberfall auf den Kutscher

Der schwere Raubüberfall, der sich am vergangenen Freitag in der Wittestraße in Borsigwalde auf den Kutscher Kurt Ebert abgespielt hatte, wurde jetzt durch die Beamten des Raubdezernats aufgeklärt. Als Täter wurden ermittelt der 23 Jahre alte Fritz Weiland aus der Bürgerstraße, der 20 Jahre alte Qualitz aus der Pankstraße, der den Spitznamen „Stubing" führt, und der 19 Jahre alte Martin Walter, genannt „der Mixer". Alle drei stammen aus Reinickendorf. Sie sind überführt und geständig.

Bei den Tätern handelt es sich um Mitglieder des Vereins der „Pankgrafen". Die Mitglieder sind sämtlich junge Burschen, denen sich andere des aufgelösten Vereins „Feste Hand" und des „Roten Panthers" angeschlossen hatten. Der „Vorstand" der vereinigten Gruppen ist 19 Jahre alt.

Wie noch erinnerlich, war der Kutscher mit einem Einspänner durch Reinickendorf gekommen und hatte die Wittestraße in Borsigwalde passiert. Plötzlich sprangen ihm ein paar Burschen entgegen, hielten das Pferd an, schnitten dem Kutscher die Geldtasche ab und flüchteten. Sie hatten 574 M. erbeutet. Die Räuber hatten Gas- und Schreckpistolen bei sich. Als sie die Tasche mit dem Gelde erbeutet hatten, rannte Martin wie ein Wilder mit der Beute davon und flüchtete in Richtung zum dortigen Russenfriedhof. Er hatte eine Gaspistole bei sich. Als er die Mauer des Friedhofs überklettern wollte, rutschte er aus — und die Pistole ging los. Von dem Gasnebel wurde er betäubt und blieb eine ganze Weile liegen. Später vergrub er die Tasche. In der Nacht noch wurden die „Pankgrafen" benachrichtigt und eine Abordnung ging die Tasche holen. Dann wurde in der Brunnenstraße die große Zecherei veranstaltet.

90000 M. veruntreut

3½ Jahr Gefängnis

Dresden, 29. November.

Vor dem Dresdener Schöffengericht hatte sich der langjährige Kassierer der Sektion Dresden des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, Ansoul, wegen der umfangreichen Unterschlagungen zu verantworten, die im Juli dieses Jahres aufgedeckt wurden und damals großes Aufsehen erregten. Die Höhe der Unterschlagungen ließ sich bisher noch nicht genau ermitteln; sie wird aber auf mindestens 80 000 bis 90 000 Mark beziffert. Ansoul war Ende Juli bei Aufdeckung der Unterschlagungen geflohen, wurde aber am 30. Juli von der Kriminalpolizei auf dem Dresdener Hauptbahnhof verhaftet. Das Urteil lautete auf drei Jahre drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust.

Förster ermordet

Mordkommission an der Arbeit

Gleiwitz, 29. November.

Der Revierförster Mendel aus Kupferhammer wurde im Jagen 71 des Reviers Brzezinka ermordet aufgefunden. Sein Hund lag erschossen neben ihm. Von den Tätern fehlt vorläufig jede Spur. Sämtliche Anzugtaschen des Försters waren leer. Ob der Tod durch Schuß oder Hieb eingetreten ist, konnte bei der vorläufigen Untersuchung noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Revierförster Mendel hat sich am Sonntagnachmittag allein zu einem Streifengang vom Hause entfernt. Etwa eine Stunde später wurden drei Schüsse gehört.

Der Mord wird zur Zeit von einer Berliner Mordkommission untersucht. Auf Ersuchen der Gleiwitzer Staatsanwaltschaft wurde vom Landeskriminalamt Kriminalkommissar Dr. Berndorf zur Untersuchung entsandt. Die Forst grenzt an das Gleiwitzer Stadtgebiet. Mendel hatte am Vormittag seinen Rundgang angetreten und seine Frau davon unterrichtet. Sie glaubte später in weiter Entfernung zwei Schüsse zu hören, denen ein langgezogenes Heulen folgte. Wahrscheinlich ist zu dieser Zeit der Förster mit den Wilderern zusammengestoßen.

Wo man sonst zweifelt, vertraut man „Saba"

Wahrlich, die Auswahl der Cigaretten-Marken ist groß.
Aber der Berliner will keine Ladenhüter.
Er bleibt bei seiner „Saba ohne",
weil er weiß:
die ist immer gleich gut und frisch!

Der verschwundene Bankdirektor

Die Spekulationen des Direktors Schäfer in Düsseldorf

Die Unterschlagungen des flüchtigen Direktors der Düsseldorfer Nebenstelle der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, Schäfer, wachsen sich immer mehr zu einem Skandal aus.

Durch ein Mißgeschick bei dem Versuch, den Fall zu vertuschen, kam die Sache überhaupt erst an die Oeffentlichkeit. Am vergangenen Freitag vor acht Tagen fuhr der Leiter der Düsseldorfer Polizeipressestelle im Auftrag des Düsseldorfer Polizeipräsidenten mit dem Auto bei den örtlichen Zeitungen vor und bat sie, eine kleine, nicht amtlich gehaltene Notiz über das Verschwinden Schäfers aufzunehmen. Darin stand, Schäfer sei von einer Geschäftsreise nicht zurückgekehrt. Er habe, da eine Asthmakur in Reichenhall erfolglos gewesen sei, an seelischen Depressionen gelitten. Seine Familie sei in großer Sorge. Ausdrücklich bat der Polizeioffizier, die Zeitungen möchten die Notiz möglichst unauffällig bringen.

Die Notiz erschien und wurde vom Betrugskommissariat der Kriminalpolizei gelesen. Ohne zu wissen, von wem die Notiz ausging, griff die Kripo ein, weil sie Verdacht schöpfte. Im Gespräch mit dem Generaldirektor Wuppermann von der Deutschen Bank wurde tatsächlich auch erwähnt, Schäfer habe aus Kassel an die Bank und an seine Frau geschrieben, er habe Verfehlungen begangen und kehre aus Angst, zur Rechenschaft gezogen zu werden, nicht mehr nach Düsseldorf zurück. Schäfer war da schon zehn Tage flüchtig. Diesen Brief beschlagnahmte die Kripo. Gleichzeitig soll sie die Bank aufgefordert haben, Strafanzeige zu erstatten. Zur Beruhigung der Oeffentlichkeit gab die Bank bekannt, daß Direktor Schäfer versucht habe, 100 000 M. persönliche Fehlspekulationen auf die Bank abzuwälzen. Gegen allen Brauch ordnete der Oberstaatsanwalt Eich, an den die Bank die Anzeige erstattet hatte, an, daß die Sache sofort, bevor der Flüchtige ergriffen war, dem Untersuchungsrichter überwiesen wurde. Darüber vergingen zwei Tage, in denen Frau Direktor Schäfer ihre Villa verließ und ins Waldeckische reiste. Eine Haussuchung, Beschlagnahme von Korrespondenzen Schäfers, die eine Verdunkelung unmöglich und die Aufklärung eventueller Beihilfe vielleicht möglich gemacht hätte, fand nicht statt. Inzwischen waren Revisoren der Bank in Düsseldorf eingetroffen, die eine Kontrolle vornahmen. Sachverständige der Staatsanwaltschaft wurden, soweit bekannt geworden ist, nicht zugezogen. Inzwischen stiegen die Verfehlungen Schäfers in die Millionen. Wie neuerdings gesagt wird, sollen sie bereits eine Höhe von 15 Millionen erreicht haben.

Schäfer war der Vertrauensmann der westdeutschen Großindustriellen für Börsenspekulationen. Von zahlreichen Großindustriellen hatte er Blankovollmacht, zu spekulieren. Darum richtete er fiktive Konten ein. Nach anfänglichen Riesenerfolgen hatte Schäfer, der eine Bank innerhalb der Deutschen Bank etabliert hatte, große Verluste. Sie sollen bereits 1930 in die Millionen gegangen sein. Schäfer vertuschte sie durch falsche Eintragungen. Schließlich entnahm er, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, ihm, oder nach einer anderen Version, der Bank anvertrauten Depots Effekten. Spekulationen an der Pariser Börse endeten mit Riesenverlusten, als vor einigen Wochen der Krach an der Pariser Börse eintrat.

Die Bank gibt bekannt, daß ordnungsgemäße Kunden der Bank nicht geschädigt werden. Das soll wohl heißen, daß die Bank versuchen wird, den Skandal intern beizulegen.

Wohlinformierte Kreise wollen weiter wissen, daß auch ganz beträchtliche Steuerhinterziehungen vorliegen, vielleicht und wahrscheinlich sogar große Devisenschiebungen, von denen unverständlich sei, daß sie Direktor Schäfer koordinierten und übergeordneten Stellen nicht längst aufgefallen sind. Auf alle Fälle kann man verstehen, daß der Deutschen Bank im besonderen und der deutschen Bankwelt im allgemeinen dieser Skandal in einer Zeit, in der die Verstaatlichung der Banken zur öffentlichen Diskussion steht, und in der die hohen Subventionen an die Banken noch nicht vergessen sind, sehr unangenehm ist. Wohl nicht ganz ohne Einfluß der Tatsache, daß die westdeutschen Linksblätter den Fall Schäfer immer wieder angeschnitten haben, hat jetzt der Untersuchungsrichter angeordnet, daß der Steckbrief gegen Schäfer, der zunächst nur im Polizeifahndungsblatt veröffentlicht wurde, nunmehr öffentlich in Bahnhöfen, Postanstalten usw. plakatiert wird. Inzwischen hat auch die Bank 5000 Mark Belohnung für die Ergreifung Schäfers ausgesetzt.

In wenig Worten

Wie aus Bandung auf Java gemeldet wird, ist der Vulkan Krakatau wieder in sehr starke Tätigkeit getreten. Innerhalb von 12 Stunden wurden 323 Ausbrüche beobachtet. Die Bewohner der Insel sind in großer Angst und bereit, jeden Augenblick zu fliehen. Einer der Ausbrüche am Montag erreichte eine Höhe von rund achthundert Metern.

*

Aus der Oker bei Braunschweig wurde die Leiche eines 50- bis 60jährigen Mannes, offenbar eines Arbeiters, geborgen, die etwa ein Dutzend schwere Schlagverletzungen aufwies. Soweit bisher ermittelt wurde, ist der Mann im Laufe der Nacht im Bürgerpark ermordet worden.

*

Die Provinz Coquimbo in Chile ist von einem Erdbeben heimgesucht worden, das so heftig war, daß auch in Santiago selbst Erdstöße verspürt wurden. Eine ganze Anzahl von Personen ist verletzt.

*

Unter dem Verdacht, seine 40jährige Geliebte Elisabeth M. erwürgt zu haben, ist der 47 Jahre alte Albert Mehlhase von Beamten der Mordkommission verhaftet worden. M. wohnte mit der Frau zusammen in einer Laube auf einem Kleingartengelände in Hohenschönhausen. Am Freitag voriger Woche wurde Frau M. ins Krankenhaus eingeliefert. Bei ihrer Aufnahme konnten die Aerzte nur noch den Tod feststellen. Bei der Untersuchung wurden am Halse der Leiche Würgemale entdeckt.

*

Der 44 Jahre alte Zigarrenhändler Nessau in Aachen erschoß in der Nacht seine 68jährige Mutter und tötete sich dann durch einen Brustschuß. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß Nessau aus wirtschaftlicher Not gehandelt hat.

*

Am Dienstag ereignete sich im Flöz 10 der Zeche Fürst Leopold Baldor bei Hervest-Dorsten (im Gebiet von Recklinghausen) ein Gebirgsschlag. Die hereinbrechenden Kohlen und Berge begruben zwei Häuer unter sich, die nur als Leichen geborgen werden konnten. Es besteht die Annahme, daß das Unglück in ursächlichem Zusammenhang mit den Erderschütterungen steht, von denen das Gebiet in den letzten Tagen betroffen worden ist.

Die Verleumder

Lügen in Rangsdorf

Vom Amtsgericht Zossen wurde der Nazimann Werner Koehne aus Rangsdorf wegen verleumderischer Beleidigung des Amtsvorstehers von Rangsdorf mit 50 M. Geldstrafe bzw. 10 Tage Gefängnis bestraft. Die Angelegenheit hat folgende Vorgeschichte:

Am Pfingstsonntag dieses Jahres war der Aushangkasten der Gemeinde Rangsdorf aufgebrochen worden. Unbekannte Täter hatten in den Kasten ein anonymes Flugblatt zum Aushang gebracht, in dem der Gemeindevorsteher, die Gemeindevertretung und der Amtsvorsteher der Korruption beschuldigt und schwer beleidigt wurden. Das Flugblatt war vervielfältigt und auch von unbekannter Hand der Einwohnerschaft in die Briefkästen gesteckt worden. Das Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt mußte von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden, weil gegen die als Verbreiter Verdächtigten der Schuldbeweis der Täterschaft nicht einwandfrei geführt werden konnte. Dadurch kühn geworden, wagte es Koehne, ähnliche Beschuldigungen, wie sie in dem anonymen Flugblatt enthalten waren, dem Amtsvorsteher in einem Brief vorzuwerfen, den dieser an die Staatsanwaltschaft mit dem Antrag auf Strafverfolgung weitergab.

Vor Gericht versuchte Koehne den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten. In der Begründung des vorbezeichneten Urteils brachte das Gericht zum Ausdruck, **daß der Wahrheitsbeweis völlig mißlungen und die verleumderische Beleidigung festgestellt sei.** Von der Verhängung einer Gefängnisstrafe werde nur deshalb abgesehen, weil der Angeklagte bisher unbestraft war und aus politischem Fanatismus gehandelt habe.

„Vorwärts"-Leser in Birkenwerder. Ab Donnerstag, 1. Dezember, wird der „Vorwärts" in Birkenwerder durch Genossen Alfred Achilles, Fontaneweg 5, zugestellt. Alle „Vorwärts"-Leser in Birkenwerder werden gebeten, sofort ihre Adressen dem Genossen Achilles mitzuteilen, damit keine Verzögerung in der Zustellung eintritt.

Feuerüberfall auf Lokal

Auf das kommunistische Verkehrslokal in der Pflugstraße 5, unweit der Schwartzkopffstraße, wurde gestern abend von Nationalsozialisten ein regelrechter Feuerüberfall verübt. Die Hakenkreuzler feuerten eine Reihe von Schüssen ab. Ein Kommunist wurde von einer Kugel in die Schulter getroffen. Ein weiterer kommunistischer Parteiangehöriger erhielt einen Kopfstreifschuß. Die Täter flüchteten und entkamen. Der Schießerei soll eine Schlägerei vorangegangen sein.

Todesexperimente

Der Wundermann von Steglitz

Die gegen den Steglitzer Astrologen Affermacher schwebende Untersuchung der Kriminalpolizei hat erneut bewiesen, daß A. nicht nur Zauber- und Liebesträuklein mischte, sondern sich auch als Kurpfuscher betätigte. Es sind überhaupt neue schwere Beschuldigungen gegen ihn erhoben worden, die sich mit besonderen „Todesexperimenten" des Mannes befassen.

Affermacher hat, wie die Untersuchung ergab, zahlreiche Menschenleben auf dem Gewissen. So hatte er u. a. der Frau eines Berliner Geschäftsmannes eingeredet, daß sie ein schweres Kehlkopfleiden habe. Die Frau war völlig verzweifelt und begab sich in die „Behandlung" des Astrologen, der aus der vermeintlichen Krankheit Kapital schlug! Als die Frau aber eines Tages einen Arzt aufsuchte, erfuhr sie, daß sie keineswegs ein solches Leiden habe. In einer Klinik, in der sie mehrere Tage lag, wurde ihr von drei Spezialisten bestätigt, daß sie vollkommen gesund sei. Nunmehr merkte die Frau, daß sie einem ganz gewissenlosen Betrüger zum Opfer gefallen war. Inzwischen sind jetzt bei der Polizei neue Anzeigen eingelaufen, die beweisen wollen, daß Affermacher imstande sei, den Tod eines Menschen durch magnetische Fernsehkräfte zu beeinflussen und eintreten zu lassen. Es bleibt abzuwarten, welches Ergebnis die Untersuchung in dieser Hinsicht haben wird. Da Affermacher morphiumsüchtig und gelähmt ist, hat die Polizei von einer Verhaftung bisher Abstand genommen. Die Untersuchung ist noch längst nicht abgeschlossen.

„Weihnachtsmarkt"

Ausstellungshallen am Funkturm

Jetzt liegt das vollständige Programm für das große Hilfswerk zur Linderung der Künstlernot vor, das unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters im Rahmen des Weihnachtsmarktes Berliner Künstler vom 3. bis 11. Dezember in den Ausstellungshallen am Funkturm durchgeführt wird.

Der Eröffnungsabend am Sonnabend, dem 3. Dezember, wird eingeleitet durch eine große Darbietung der Funkstunde für die Winterhilfe. Für Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags, und die dann folgenden Nachmittage sind in einem Marionettentheater Weihnachtsspiele wie „Hänsel und Gretel", „Schneewittchen", „Rotkäppchen" und „Dornröschen" festgesetzt. Am Montag, dem 5. Dezember, wird „Die Junge Oper" im Rahmen des großen Abendprogramms „Die Opernprobe" von Albert Lortzing unter der Direktion von Theo Mühlen und der musikalischen Leitung von Kapellmeister Bernstein bringen. Die Abendveranstaltung des Mittwoch, den 7. Dezember, wird eingeleitet durch eine Joseph-Schmidt-Stunde. Improvisationen auf 5 Klavieren zweihändig werden dann überleiten zu dem Opernbilderbogen der Städtischen Oper, dargestellt vom Personal der Städtischen Oper unter persönlicher Leitung des Intendanten Karl Ebert. Dem Programm schließt sich ein gemeinsamer Auszug zum Zirkus Ebert auf dem Weihnachtsmarkt an.

Tausende von Besuchern werden zu diesen Veranstaltungen erwartet, um tausenden notleidenden Künstlern zu helfen. Der Eintritt für den Weihnachtsmarkt, auf dem es neben den zahlreichen Verkaufsstellen der Berliner Geschäftswelt auch eine großzügige Weihnachtstombola geben wird, kostet für Erwachsene nur 50 Pf. und für Kinder 25 Pf. Für die großen Abendsonderveranstaltungen sind Karten zum Preise von 50 Pf. bis 4 M. im Vorverkauf bei den bekannten Theaterkassen erhältlich.

Oel-Zauberer!

„Feinstes Terpentinöl" aus Wasser

Von der Kriminalpolizei sind zwei Schwindler unschädlich gemacht worden, die mehrere Berliner Geschäftsleute um über 10 000 Mark geschädigt haben.

Die beiden Betrüger, der 51jährige Hugo J. und der 50 Jahre alte August B., arbeiteten nach dem Vorbild des „Goldmachers" Tausend, nur daß sie nicht versprachen Gold herzustellen, sondern durch ihre „Erfindung" konnte man aus Wasser, Harz und einigen Chemikalien „feinstes" Terpentinöl fabrizieren. Um ihren Schwindel recht glaubwürdig und schmackhaft zu machen, hatten die Betrüger in Charlottenburg ein „Laboratorium" eröffnet. Dort stellten sie einen Destillierapparat auf, den sie vorher für ihre Zwecke präpariert hatten. Mit diesem Köder wurden dann Dumme gefangen, die in das „Unternehmen" über 10 000 Mark steckten. Die Vorführungen wurden den Geldgebern mit dem notwendigen Hokuspokus gemacht. Niemand ahnte, daß sich in dem Destillierapparat ein doppelter Boden befand, der mit Terpentinöl angefüllt war. In den oberen Teil wurde Wasser, Harz und weißes Pulver geschüttet, und wenn das „Laboratorium" mit dichten, stinkenden Qualmwolken angefüllt war, wurde „feinstes Terpentinöl" gewonnen. Durch einen Taschenspielertrick wurde nämlich ein verborgener Hahn geöffnet, und zur Verblüffung der Interessenten floß das Oel heraus. Einem der Geschädigten kam die Sache schließlich verdächtig vor, und so wurde der ganze Schwindel aufgedeckt.

Die Trauerfeier für Emil Dieke, den verstorbenen Genossen und Reichsbannerkameraden aus Pankow, hatte eine große Zahl trauernder Freunde und Mitkämpfer im Krematorium Gerichtstraße vereinigt. Kamerad Hugo Rühs ehrte den Verstorbenen in einer von tiefem Mitgefühl getragenen Gedenkrede. Am Sonnabend wurde wieder unter starker Anteilnahme die Urne mit der Asche des alten Kämpfers auf dem Gemeindefriedhof Buchholz beigesetzt. Hier würdigte Kamerad Apel den Toten noch einmal als den treuen Streiter für Freiheit und Demokratie.

Der verlorene Sohn

Der Vater auf der Anklagebank

Ein 65jähriger Mann, ein braver Bürger, steht vor dem Schöffengericht. Schon bei der Nennung seiner Personalien ist er dem Weinen nahe. „Es ist nur alles wegen meines Sohnes", kommt es ruckweise aus dem alten Mann heraus, „er hat mich hierher gebracht." „Wir wissen das ja, Angeklagter", sagt der Richter, „aber Sie müssen uns erzählen, wie das alles gekommen ist." Und der alte Mann mit der einst gesicherten Existenz erzählt.

Er war Inhaber einer gut gehenden Drogenhandlung. 800 Mark betrug der Monatsverdienst. Im Jahre 1924 wurde er durch Vermittlung eines Bekannten Verwalter von vier Häusern, die der Präsident des Schweizerischen Nationalrats Dr. Abt während der Inflation für ein Butterbrot gekauft hatte. 50 000 Mark jährlich brachten die Mieten ein, etwa 300 Mark erhielt der Angeklagte als Verwalter, 50 Mark mußte er davon monatlich dem Bekannten zahlen, der ihm die Stellung vermittelt hatte. Im selben Jahre 1924 nahm der Angeklagte seinen jungen Sohn in sein Geschäft. Und im Jahre 1928 entdeckte er plötzlich einen Fehlbetrag von 15 000 Mark. Der Sohn hatte Waren beiseite geschafft. Auf Drängen der Mutter verzieh der Vater dem Jungen die Verfehlungen. Dieser dachte aber gar nicht daran, sich zu bessern. Er entwendete den Eltern Wertsachen und Kleider, ließ an sich selbst vermittels gefälschter Stempel Aufträge ergehen. Als der Vater ihm ein Lastauto kaufte, damit er Aufträge übernehmen und mit dem Auto Ueberlandfahrten unternehmen konnte, wurde auch daraus nichts. Das gleiche unrühmliche Ende nahm das für ihn eingerichtete Speditionsvermittlungsgeschäft. Schließlich fuhr er im Auto seines Vaters davon und ist seitdem verschwunden; er wird von den Behörden steckbrieflich verfolgt. Das Drogengeschäft ging pleite.

Der Vater hatte aber, nachdem er durch den Sohn ruiniert worden war und um sich über Wasser zu halten, als Verwalter der Abtschen Häuser sich der Unterschlagung und der Untreue schuldig gemacht. Als er im Jahre 1932 mit Dr. Abt abrechnete, fehlten 5900 Mark. Und als dann die gesamte Geschäftsführung nachgeprüft wurde, stellten sich weitere Verfehlungen heraus. „Der Sohn hat mich durch seine Handlungsweise in Geldverlegenheit gebracht, ich wurde von den Gläubigern gedrängt, und da habe ich mich eben an den anvertrauten Geldern vergriffen. Nur durch meinen Sohn ist es dazu gekommen, daß ich hier stehe", weinte der Vater.

Das Gericht verurteilte den Fünfundsechzigjährigen zu vier Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist.

Anspruchsvolle kaufen Füllhalter-Neuheiten Goldfink 18⁷⁵ bis 31⁵⁰ Wunderfüller Selbstöffner Neu! 20.- „Liebling" Viele Zehntausend im Gebrauch 5.- Friedrichstr. 143, am Stettiner Bhf. Leipziger Str. 119, Ecke Mauerstr. Friedrichstr. 74, Ecke Jägerstr. 160, Ecke Behrenstr. Tauentzienstr. 4, a. Wittenbergpl. Neue 183, Ecke Mohrenstr. Spittelmarkt 18, Goldfinkecke Filial. Alexanderplatz

Neubaumieter im Kampf

Bewegung in den Rolandbauten

Die Bewegung der Berliner Neubaumieter zur Senkung der hohen Mieten gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Nachdem erst kürzlich die 7000 Wohnungsinhaber der Gagfah-Gesellschaft in einer Massenversammlung ihre Forderungen angemeldet haben, nahmen jetzt die Mieter der Roland-Gesellschaft im großen Saal des Restaurants „Tusculum" in Tegel Stellung zu den Mieten ihrer Baublocks. An dieser Bewegung sind rund 2800 Wohnungsinhaber beteiligt.

Auch hier hat sich eine Interessengemeinschaft der Mieter gebildet, die trotz rechtlicher Schwierigkeiten sehr rührig ist. Denn das Mieterschutzgesetz sieht nur für Altbauten eine Mietervertretung vor, der vom Hauswirt auch entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt werden müssen, während die Neubaumieter so gut wie rechtlos sind. Die Bewegung in den Roland-Bauten begann Anfang des Jahres mit einem Streit um 16 000 Mark. Die Mieter stehen auf dem Standpunkt, daß auch diese 16 000 Mark zur Mietsenkung hätten Verwendung finden müssen, zumal die seinerzeit durch Notverordnung durchgeführte Mietsenkung ihnen zu niedrig erschien. Einer Beschwerde an den Oberbürgermeister wurde insofern stattgegeben, als der Standpunkt der Mieter für den Baublock Prenzlauer Berg für gerechtfertigt angesehen wurde, der Einspruch für die anderen Blocks aber abgelehnt wurde. Jetzt beschwerten sich die Mieter beim Oberpräsidenten, der aber immer noch keine Entscheidung gefällt hat, da juristisch der Fall der 16 000 Mark noch nicht geklärt ist. Es ist nämlich strittig, ob es sich hierbei um die Zinsen für eine Sicherungshypothek oder um ein rückzahlbares Baudarlehn handelt.

Inzwischen sind aber viele Mieter notleidend geworden. Die Mieter hatten die Wohnungen in der Zeit der Konjunktur übernommen, jetzt in der Krise jedoch können sie die teuren Wohnungen nicht mehr halten. Verschiedentlich sind auch schon Exmissionen erfolgt, wobei die unglücklichen Exmittierten von den Neubauwohnungen teilweise in Wohnlauben ziehen mußten, weil sie anderweit kein Unterkommen fanden. Dies wurde von der Versammlung um so mehr bedauert, als gerade diese unmittelbaren Opfer der überteuerten Neubaumieten nun für den Kampf der übriggebliebenen Mieter ausscheiden. Nach einer Aufstellung, die im übrigen die Interessengemeinschaft der Mieter gemacht hat, müssen die Wohnungsinhaber 30 bis 50 Proz. ihres Einkommens für den Mietzins aufwenden. Da dies auf die Dauer untragbar ist, forderte die Versammlung eine Mietsenkung von 10 Proz. für die Roland-Wohnungen. Die Mietervertretung erklärte, daß die Gesellschaft hierzu in der Lage sei, da sie ansehnliche Beträge zum Beispiel an Reparaturkosten aufgespart hätte.

Gläubiger-Massen

Der Beamtenwirtschaftsverein

Die Treuhänder A.-G. berief am Montagvormittag eine Versammlung der Gläubiger des Beamtenwirtschaftsvereins in die „Neue Welt" ein.

Wie mitgeteilt wurde, haben sich allerdings bereits 51 Proz. der Gläubiger zu dem Vergleichsvorschlag bekannt, so daß er dadurch schon als angenommen gilt und der drohende Konkurs abgewehrt werden konnte. Der Beamtenwirtschaftsverein hatte zeitweise 16,4 Millionen Spargelder in seinen Händen, von denen er vorschriftsgemäß 60 Proz. flüssig hielt. Der Rest wurde allerdings in Immobilien angelegt, die heute kaum verwertbar sind. Als deshalb im Vorjahre nach dem allgemeinen Bankenkrach 11 Millionen Mark zurückgezogen wurden, war die Gesellschaft diesem Ansturm nicht gewachsen und wurde insolvent. Trotzdem ist der Status heute noch so, daß sich Vermögen und Schuldenlast decken. Bei der Behandlung der Gläubiger mußte ein Unterschied zwischen Sparern und Warenlieferanten gemacht werden. Die Warenschulden, die nur 10 Proz. der Gesamtsumme ausmachen, sollen zunächst abgedeckt werden, weil zur Weiterführung der Ladengeschäfte des Beamtenwirtschaftsvereins neue Warenkredite nötig sind und zum Teil auch schon wieder gegeben wurden. Der Gläubigerausschuß hatte sich wegen einer Hilfe auch an die Reichsbehörden gewandt, jedoch vom Reichswirtschaftsministerium eine Ablehnung erhalten.

In der teilweise sehr erregten Diskussion beschwerten sich die einzelnen Sparer insbesondere darüber, daß sie gegenüber den Warengläubigern zurückgesetzt werden sollen, denn für sie sind nur unsichere Quoten in langen Zeitabschnitten vorgesehen. Auch wurde bemängelt, daß im Gläubigerausschuß die Sparer nicht genug vertreten seien und die Gehälterfrage der leitenden Beamten aufgerollt.

Im Postkeller erhängt

Im Keller des Postgebäudes in der Halleschen Straße wurde gestern an frühen Nachmittag der 48 Jahre alte Postschaffner R., der im gleichen Hause seine Wohnung hat, erhängt aufgefunden. Aus Furcht vor Strafe hatte R. Hand an sich gelegt.

Der Beamte war mit der Einkassierung der Mieten in einigen Häusern, die der Reichspost gehören, beauftragt worden. Dabei soll er sich Unregelmäßigkeiten haben zuschulden kommen lassen. Die Verfehlungen waren kürzlich aufgedeckt worden. Offenbar hat sich R. die Sache so zu Herzen genommen, daß er in den Keller hinabstieg und sich dort an einem Verschlag erhängte. Die Leiche ist beschlagnahmt worden.

Alle Parteigenossinnen und Parteigenossen, die vor und während des Sozialistengesetzes für die Partei tätig waren, werden mit ihren Familienangehörigen zu einem gemütlichen Beisammensein

Sonnabend, 3. Dezember, 19 Uhr,

im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, freundlichst eingeladen. Musik / Berliner Ulk-Trio.

I. A.: Wilhelm Gründel.

Studentenhilfe

Zugunsten der Erwerbslosenküchen der Notgemeinschaft Berlin hatte der „Studentendienst" in die Kamera zu einer Matinee eingeladen, die erfreulich stark besucht war und der Sache der Erwerbslosenhilfe ideell und materiell einen guten Dienst erwies. Es zeugt für ein starkes soziales Verantwortungsbewußtsein, daß sich hier einmal Studenten tatbereit ihren erwerbslosen Volksgenossen zur Verfügung stellen.

Aus dem Programm verdient das vollendete Spiel von Gerd Thomas auf der Wurlitzer Orgel hervorgehoben zu werden. Ein ganz großer Publikumserfolg war das Auftreten einer vollendet spielenden Straßensängerkapelle. Auch der künstlerisch hochstehende Film „Menschen am Sonntag" wurde wieder mit starkem Beifall aufgenommen.

Kabarett für Notgemeinschaft

Ein lustiger Kabarettabend bei Bieler, Altes Eierhaus, vereinigte alle die, die mithalfen am Werk der Notgemeinschaft Baumschulenweg. Je mehr Kochkessel dampfen, desto weniger Magen bleiben hungrig, und das ist das Hauptgebot der Stunde: Es soll, es darf keiner hungern! So versucht man mit allen Mitteln, immer wieder etwas Betriebskapital für das Hilfswerk zusammenzukratzen; damit die Gebenden, denen es auch nicht immer allzu leicht fällt, für ihre offene Hand belohnt werden, darum stieg ein bunter, künstlerischer Abend. Mitglieder der Internationalen Artistenloge hatten Humor, Geschicklichkeit, Anmut und eine gute Stimme mitgebracht und vermittelten dem Publikum für ein paar Stunden frohe Laune. Erich Konradi führte seine Kollegenschar und auch sich selbst mit launigen Worten vor, dann jonglierten Rudolf und Renate mit Keulen, Bällen, Stühlen im Sitzen, Stehen und Liegen. Lisa Faßbender sang mit guter Stimme und viel Humor rheinische Stimmungslieder und Rudolf Grüneberg bot ergötzliche Typen in den verschiedensten Verkleidungen. Den musikalische Part hatte Kapellmeister Kähler übernommen, unterstützt von den beiden Loros, die einen guten Musikalakt boten. Es gab viel Stimmung und Applaus für die Künstler, worüber sie sich freuten, und hoffentlich einen netten Reinertrag für die Erwerbslosenküche, worüber die anderen sich noch viel mehr freuen werden.

Aus der Partei

Am 1. Dezember tritt Konrad Ludwig in den Ruhestand, der rührige Parteikassierer, der mit großer Energie, mit Tatkraft und Umsicht am Aufbau der Organisation in all ihren Verästelungen mitwirkte. Seine scheinbar rauhe und dennoch warmherzige Art schaffte ihm überall Vertrauen, denn jeder wußte, daß die äußere Schale einen weichen, mitfühlenden Menschen birgt. Er gönnte sich keine Ruhe und wenn ihn heute sein Gesundheitszustand zwingt, den Rechenstift aus der Hand zu legen, so hoffen wir doch alle, daß die Zeit eine Besserung seines Leidens herbeiführen und ihn wieder Kraft geben wird zu der Arbeit, die bisher den ganzen Inhalt seines Lebens bildete, der Arbeit für die Partei!

Zweites Wohltätigkeitskonzert der Berliner Schutzpolizei im Wintergarten. Das zweite Wohltätigkeitskonzert des Sinfonieorchesters der Schutzpolizei Berlin unter Leitung des Generalmusikdirektors Erich Böhlke findet am Sonntag, dem 11. Dezember, um 12 Uhr im Wintergarten in der Dorotheenstraße statt. Ihre Mitwirkung haben Walter Großmann, Der Bariton der Städtischen Oper in Berlin, und der Harfenist Professor Max Saal von der Staatsoper Berlin zugesagt. Der Reinertrag ist für die Berliner Winterhilfe bestimmt.

Wieder Militärkonzert im Zirkus Busch. Am Sonntag, dem 4. Dezember, vormittags 11.15 Uhr findet im Zirkus Busch das zweite große Militärkonzert des Wehrkreiskommandos III statt. Karten sind im Vorverkauf bei den bekannten Vorverkaufsstellen: Theaterkassen A. Wertheim, Bote u. Bock und an der Zirkuskasse 1 erhältlich.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Nach frostkalter Nacht zunehmend bewölkt, später auch Niederschlagsneigung. Milder mit auffrischenden westlichen Winden. — **In Deutschland:** Im Süden und Südosten trocken mit Nachtfrösten. Im Reiche wieder langsame Wetterverschlechterung mit ansteigenden Temperaturen.

„Bendows Bunte Bühne", Kottbusser Str. 6, bringt ab 1. Dezember täglich 8¼ Uhr eine Revue, betitelt: „Von A bis Z." In den Hauptrollen: Wilhelm Bendow, Max Ehrlich, Baby Gray, sowie die Varieteknummern: 3 Cempers, die 4 Atlantic-Boys, „Latrano" u. a. m.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Abteilungsleiter! Reicht sofort das Dezember-Programm und den Berichtsbogen vom 3. Quartal ein, sorgt dafür, daß die ausstehenden Abrechnungen erledigt werden.

Proletarisches Orchester der SAJ.: Die Mitwirkung im Filmseminar fällt aus!

Heute, Mittwoch, 20 Uhr.

Gesundbrunnen RJ.: Koloniestr. 22: Tagespolitische Fragen. — **Rentmplatz:** Arbeitskreis, Lychener Ecke Stargarder Straße, bei Pohst. — **Andreasplatz 1:** Brommystr. 1: Heimabend. — **Andreasplatz RJ.:** Brommystr. 1: Sexuelle Fragen. — **Baltenplatz:** Tilsiter Str. 4—5: Das neue China (Lichtbilder). — **Frankfurter Viertel:** Frankfurter Allee 307: Funktionärsitzung. — **Petersburger Viertel:** Ebertstr. 12: Lustiges Monatsende. — **Warschauer Viertel:** Gemeinsamer Abend mit den jüngeren Parteigenossen, Litauer Straße. Breitscheids Referat auf dem Bezirksparteitag. Mitgliedsbuch legitimiert. — **Warschauer Viertel RJ.:** Litauer Str. 18: Ausland von heute. — **Schöneberg** II: Hauptstr. 15: Funktionärsitzung. — **Wannsee:** Restaurant Lindenhof: Einführung in den Sozialismus, 2. Teil. — **Tempelhof:** Luxeum Götzstraße: Freiwilliger Arbeitsdienst — Arbeitsdienstpflicht. — **Berg:** Hannemannstr. 40. Keller: Funktionärversammlung. — **Adlershof:** Bismarckstr. 1: Liederabend. — **Bohnsdorf und Falkenberg:** Wachtelstraße 1: Leseabend. — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 87: Wie sieht unsere Umgegend aus? — **Kaulsdorf:** Adolfstr. 25: Ueben zur Sonnenwendfeier. — **Lichtenberg-Mitte:** Scharnweberstr. 22: Sowjetrußland. — **Neu-Lichtenberg:** Gunterstraße 44: Bunter Abend mit Konzert. — **Lichtenberg-Nord:** Gunterstr. 44: 10-Minuten-Referate. — **Rahnsdorf:** Melanchthonstr. 63: Mitgliederversammlung. — **Reinickendorf-West:** Seidelstr. 1: Bunter Abend.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Beginn des Jüngerenkursus „Droche Marxismus" unter Leitung des Genossen Zwölfer, Danziger Str. 23. Alle Jüngeren beteiligen sich!

Werbebezirk Neukölln: Donnerstag, 19½ Uhr, Funktionärversammlung, Ziethenstr. 58. „Die politische Lage und die Arbeiterklasse", Referent Erich Schmidt. — Sprechstunde 19 Uhr Ganghoferstraße.

Werbebezirk Reinickendorf: 19½ Uhr Wittenau, Hauptstr. 13, Vorstandssitzung mit den Jugendbeiräten.

Werbebezirk Wedding: Morgen ab 19 Uhr Pioniergruppe, Putbuser Str. 22. 20 Uhr Jüngerenkursus „Politische Schlagwörter" ebendort.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 30. November, um 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Südwesten:** Jugendheim Dorfstr. 11 (Fabrikgebäude). „Von Lilienthal bis zur Dela." — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus). „Die Geschichte der Arbeiterbewegung." — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim Lindenufer 1. „Gewerkschaften und Berufsschule." — **Roeding:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20. „Für und wider die Todesstrafe." — **Weißensee:** Jugendheim Weißensee, Caseler Str. 2. Lichtbilder aus aller Welt. — **Kranzwalder Platz:** Jugendheim Schönlanker Str. 11, Baracke 6, rechter Eingang. Paßt auf den 30. November auf! — **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Wanderung durchs Wattenmeer. — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstr. 68 (U.-Bahn Boddinstraße). „Die sozialistische Jugendbewegung." — **Humboldt:** Jugendheim Braun- Ecke Lortzingstraße. Aktuelle Zeitfragen: „Wie lese ich eine Zeitung?" — **Schillerpark:** Jugendheim Schule Schöningstr. 17. „Der Kampf um die Gleichberechtigung." — **Charlottenburg:** Jugendheim Spreestr. 30. Die Gruppe gestaltet den Abend aus. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Grenzstr. 10. Unsere Mädels gestalten den Abend aus. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes,** Fachgruppe Kommunalbetriebe: Jugendheim Engelufer 24—25. Filmabend. Es läuft der Film „Großfeuer".

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Tagespolitische Rundschau. — **Nordost 1:** Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracke 3). „Fahrten einst und jetzt." — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2. Kurzreferate. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 15 (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick). Kurzreferate. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Gruppenmitgliederversammlung. — **Südost:** Jugendheim Manteuffelstr. 7. Aussprache: „Religion und Arbeiterschaft". Leiter: Rektor Schmidt. — **Südwest:** Jugendheim Dorfstr. 11 (2. Hof, Quergebäude Aufgang 1, Zimmer 3). Heimveranstaltung. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude, Sachsenzimmer). Tagespolitische Rundschau. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstr. 4. Aussprachebend: „Ein Volksbühnenbesuch als Erlebnis." — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. „Mensch und Arbeit in der Dichtung". Vortragende: Friedel Hall. — **Potsdam-Nowawes:** Berufsschule Nowawes, Wichgrafstraße. Arbeitsabend unserer Uebungsfirma. — **Die Versicherungsgesellschaft „Sorgenfrei" A.-G.** tagt heute von 17 bis 19 Uhr im Verbandshaus, Hedemannstraße 12.

SPD.-Buchdrucker. 2. Bezirk: Sonnabend, 3. Dezember, 19½ Uhr, wichtige Fraktionssitzung bei Julius Sachse, Lindower Straße (gegenüber Bahnhof Wedding). Vollzähliges Erscheinen erwartet. **Der Fraktionsvorstand.**

Städt. Obdach, Fröbelstraße. Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr, Versammlung bei Heldmann, Danziger Str. 16. „Die Partei vor neuen Aufgaben". Referent: Dr. Günther Scheele.

AEG-Arbeiter Baustelle Adlershof. Heute, 16 Uhr, bei Jänichen, gegenüber dem Adlershofer Güterbahnhof, Seite des Haupteinganges Adlershofer Bahnhof. Zusammenkunft der SPD.-Kollegen und Sympathisierenden.

Der Fraktionsvorstand.

Diesmal zu Weihnachten bestimmt!

Auf dem Wunschzettel stand schon so oft ein Rundfunkgerät. Mit dem Siemens 23 wird der Wunsch Wirklichkeit. Dieses Zwei-Röhren-Gerät ist ein vollwertiger Fernempfänger, wie er Ihnen ja immer schon vorschwebte. Die Einzelteile sind genau so sorgfältig gearbeitet wie bei einem Superhet.

Für Wechselstrom:
Siemens 23 W RM 119.—
Siemens 23 WL RM 139.—

Für Gleichstrom:
Siemens 23 G RM 125.—
Siemens 23 GL RM 145.—

Lautsprecher: Siemens 032 RM 39.— Siemens 040 RM 44.—

Vorführung in Fachgeschäften. Bezugsquellennachweis und Drucksachen durch SIEMENS & HALSKE AG

Zwei Rechenschaftsberichte

Praktische Arbeit — Kommunistische Bonzenwirtschaft

Die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter am Montag in den Sophiensälen hatte diesmal insofern eine besondere Note, als sie ihre Zeit nicht mit nutzlosen Debatten über phrasenhafte Anträge winziger Oppositionsgrüppchen vertrödelte. Der Bevollmächtigte, Genosse Urich, ging in seinem Rückblick auf die Zeit seit der letzten Generalversammlung im August zunächst auf die Papenschen Experimente zur Wirtschaftsbelebung ein, gegen die von den freien Gewerkschaften die schärfsten Proteste erhoben worden sind.

Die üblen Folgen der Kontingentierungspolitik der Baronsregierung hat auch die Arbeiterschaft der Metallindustrie zu spüren bekommen. Allen namhaften Betrieben, AEG., Siemens, Schwartzkopff usw., sind

infolge der Kontingentierung Millionenaufträge des Auslands verlorengegangen,

dem Lokomotivbau von Schwartzkopff allein z. B. Aufträge in der Höhe, daß die jetzige Belegschaft für 23 Monate Beschäftigung gehabt hätte. Zu diesen verfehlten Wirtschaftsexperimenten kam noch der in der Septembernotverordnung vorgesehene Lohndruck, der aber, von geringen Ausnahmen abgesehen, infolge des energischen Widerstandes der Gewerkschaften nicht wirksam wurde.

Dann ging Genosse Urich auf die Renommisterei des kommunistischen „Einheitsverbandes" der Metallarbeiter über dessen angebliche Kämpfe gegen den Lohnabbau ein. Der „Einheitsverband" behauptet, in den letzten Wochen in Berlin 30 Streiks geführt zu haben, von denen 90 Proz. erfolgreich gewesen seien. In den vertraulichen Mitteilungen an seine Funktionäre spricht der Einheitsverband aber nur von 24 Streiks und Bewegungen, die er seit dem 15. September geführt haben will. Unter diesen „Bewegungen" rangieren an erster Stelle: ein passiver Widerstand in einer Abteilung der AEG. in Hennigsdorf zur Erhaltung der Garantielöhne, eine passive Resistenz bei Borsig zwecks Beheizung eines Raumes, wovon allerdings die Belegschaft selbst gar nichts weiß, der dreieinhalbwöchige Schaberstreik bei Werner in Marienfelde zur Einhaltung der Tarifbestimmungen, wozu der Metallarbeiterverband keine 24 Stunden und vor allem keinen Streik gebraucht hätte, und ähnliche „Bewegungen", die beim Metallarbeiterverband in die Hunderte gehen.

Wenn schon diese vertraulichen Mitteilungen zeigen, was es mit der Windbeutelei des „Einheitsverbandes" auf sich hat, dann beweist dies noch drastischer sein Kassenbericht für das 3. Quartal, der allerdings den Mitgliedern nicht zu Gesicht kommt. Der „Einheitsverband" buchte zu Beginn des 3. Quartals

an „Kassenbestand" 24 341,99 Mark, darunter für Inventar 18 575,31 Mark und für Außenstände — sicherlich an nicht abgerechneten Beitragsmarken — 3207,48 Mark.

Er schloß das Quartal mit einem „Kassenbestand" von 22 236,54 Mark bei einem Inventar von 18 205,31 Mark und Außenständen in Höhe von 3562,20 Mark. An Beiträgen gingen in dem Vierteljahr ein: 27 455,85 Mark, was bei einem Mitgliedsbeitrag von 40 Pf. in der Woche einen Bestand von 5278 vollzahlenden Mitgliedern ergibt. Die gesamten Einnahmen betrugen 28 427,39 Mark, wovon allein 11 269 Mark für Agitationszwecke und 8523 Mark für die Verwaltung draufgingen.

Fast 69 Proz., mehr als zwei Drittel der Einnahmen, wurden „von den Bonzen geschluckt".

Für den „Kampffonds" wurden ganze 3505 Mark ausgeworfen; 1668 Mark für Streiks, 608 Mark für Maßregelungen, 1229 Mark für Rechtsschutz, obwohl nachweislich alle Klagen der RGO. vor den Landesarbeitsgerichten mit Armenattest geführt wurden. Für Streiks und Maßregelungen wurden also nur 2276 Mark ausgegeben, für die roten „Bonzen" aber allein 3245 Mark Gehälter, 300 Mark Löhne, 265 Mark Soziallasten, 1886 Mark „Entschädigungen im zentralen Apparat", dann nochmals 900 Mark Fahrgelder auf Konto Agitprop. Der Rest verschwand in dem Topf „Agitation". Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird in Zukunft

in den Branchen und Gruppen keine Tarife mehr abschließen, in denen die Arbeiterschaft schlecht organisiert ist.

Der „Einheitsverband", der bisher von den Brocken des DMV. gelebt hat, wird also zeigen müssen, was er leisten kann.

Den Unternehmern aber sei gesagt, daß sich die organisierten Metallarbeiter auch nach der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts, wonach die Lohnabbaubestimmungen der Septembernotverordnung zu Recht bestehen, gegen jeden auf Grund dieser Notverordnung versuchten Lohnabbau zur Wehr setzen werden.

Mit der Aufforderung zur verstärkten Werbung für den Verband schloß Genosse Urich unter stürmischem Beifall der Delegierten seine Ausführungen. Gegen diese Darlegungen versuchten in der Diskussion einige unbelehrbare „Oppositionelle" verschiedenster Richtung mit Geschwafel vergeblich anzukämpfen. Gegen wenige Stimmen wurden die turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder der engeren Ortsverwaltung Eckert, Tirpitz, Holz, Köcher, Skubella und Müller wiedergewählt. Die vorliegenden Anträge wurden entsprechend den Vorschlägen der mittleren Ortsverwaltung erledigt.

30-Stunden-Woche

Gewerkschaftsforderung in USA.

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Washington, 29. November.

Der Gewerkschaftskongreß in Cincinnati nahm am Montag unter stürmischem Beifall der Delegierten eine Entschließung an, in der unter Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne die 30-Stunden-Woche gefordert wird. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitigem Lohnabbau wurde von dem gesamten Kongreß schärfstens verurteilt.

Dem Beschluß folgte eine scharfe Rede des Präsidenten Green, in der es heißt, daß auch die amerikanische Arbeiterschaft entschlossen sei, dem überholten Industriekapitalismus ein Ende zu bereiten. Die Arbeiterschaft werde nötigenfalls mit den schärfsten Mitteln die geforderte 30-Stunden-Woche durchsetzen.

Die Exekutive der Gewerkschaft wurde beauftragt, dem amerikanischen Staatspräsidenten über den Verlauf des Kongresses zu unterrichten und die 30-Stunden-Woche auch für die Angestellten der Regierung zu fordern.

*

Diese Forderung, noch mehr aber ihre Begründung durch William Green, zeigt, daß selbst die bisher so konservativen amerikanischen Gewerkschaften aufgehört haben an eine Beseitigung der Mißstände mit kapitalistischen Mitteln zu glauben. Bleibt allerdings noch abzuwarten, ob und wann die amerikanischen Gewerkschaften die politischen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis ziehen werden. Denn daß eine Entschließung und ein Besuch Greens bei Hoover an der Krise gar nichts ändern können, daß auch Streiks bei dem Stande der Organisation nicht viel mehr helfen werden, darüber sind sich wohl auch die amerikanischen Gewerkschaften klar.

„Nazi-Lüge"

Die mit dieser Ueberschrift in Nr. 553 des „Vorwärts" erschienene Abwehr gegen einen Artikel des „Nacht-Angriff": „SPD.-Stieglitz kneift", veranlaßte den Urheber des Artikels, Ernst Denecke, Gneisenaustr. 82, uns eine Berichtigung zu schicken.

Wir entnehmen derselben die sachliche Angabe, daß Herr Denecke

„vor Zeugen mit dem Bezirksverband der SPD., Abt. Rednervermittlung, telephonierte, um die Adresse des Stieglitz zu erfahren. Bei dieser Gelegenheit wurde mir versichert, er wäre für den fraglichen Tag noch frei. Es ist unwahr, daß ich somit dem Zusammentreffen des Stieglitz bewußt aus dem Wege ging."

Hierzu sei bemerkt, daß unser Genosse Stieglitz nicht vom Berliner Bezirksverband als Referent nach Lychen geschickt wurde, sondern von dem zuständigen Bezirksverband für Brandenburg. Die Darstellung des Denecke steht also in diesem Punkte nicht im Widerspruch mit dem tatsächlichen Vorgang. Die „Nazi-Lüge": „SPD.-Stieglitz kneift" beruht mithin auf einem Irrtum des Denecke — um in seinem Stil zu reden. Damit entfällt der Vorwurf gegen Denecke, er habe sich vergewissert, daß Stieglitz am 4. November nicht kommen konnte, doch Denecke ist nunmehr verpflichtet, seinen „Nacht-Angriff" dahin zu berichtigen, daß „SPD.-Stieglitz" nicht kneift.

Winterhilfe

Für Arbeitsdienstwillige

In einem ausführlichen Erlaß an die Bezirkskommissare beschäftigt sich der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst mit der Durchführung des Arbeitsdienstes im Winter. Zunächst wird festgestellt, daß infolge der zahlenmäßigen Entwicklung des freiwilligen Arbeitsdienstes die bisher zur Verfügung stehenden Mittel Anfang Dezember verbraucht sein werden. Auf Vorschlag des Reichskommissars ist mit Zustimmung der Reichsregierung aus den Mitteln der Reichsanstalt ein weiterer Betrag zur Verfügung gestellt worden. Aus der Natur der im freiwilligen Arbeitsdienst geleisteten Außenarbeiten folgt zwar, daß ein wesentlicher Teil der Maßnahmen in den Wintermonaten (Januar und Februar) zum Erliegen kommen muß. Immerhin wird es möglich sein, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln den freiwilligen Arbeitsdienst auch in diesen Monaten auf ein Drittel des bisherigen Standes zu halten.

In erster Linie sollen hierbei die geschlossenen Arbeitslager (Arbeitslager mit gemeinsamer Unterbringung) aufrechterhalten bleiben. Der Erlaß beschäftigt sich weiter mit der Frage, in welcher Weise den im Winter ausscheidenden Arbeitsdienstwilligen geholfen werden kann. Hingewiesen wird zunächst auf die von der Reichsanstalt im Winter vorgesehenen beruflichen Bildungsmaßnahmen. Darüber hinaus wird es als erforderlich bezeichnet, den Willen der arbeitslosen Jugend, sich in gemeinschaftlicher Selbsthilfe über den Winter hinwegzuhelfen, nach Kräften zu unterstützen. Als Form einer derartigen Selbsthilfe werden genannt: Gemeinsame Zusammenkunft von Arbeitsdienstwilligen, gemeinsame Veranstaltungen, gemeinsame Herrichtung von Mahlzeiten, gemeinsame Tagesgestaltung unter Benutzung von Heimen, Herrichtung und Ausstattung von zur Verfügung gestellten leeren Räumen mit den einfachsten Mitteln unter Benutzung von ebenfalls zur Verfügung gestelltem Material.

Der Erlaß schließt mit einem Aufruf an die Bezirkskommissare, zu prüfen, ob und in welcher Weise ein gemeinsames Vorgehen aller an einer Hilfe für die arbeitslose Jugend interessierten Stellen unter Heranziehung der Träger des Dienstes, der Organe der Jugendpflege, der Winterhilfe usw. möglich erscheint und so den Arbeitsdienstwilligen mit Rat und Tat geholfen werden kann.

Freiheit!

Von einem Malermeister, Mitglied unserer Partei, der jener Protestversammlung des Arbeitgeberkartells im Baugewerbe Berlins am Freitag beigewohnt hat (siehe unseren Bericht in der Abendausgabe vom Sonnabend), wird uns geschrieben:

Daß Herr Gregor trotz sonst sehr anerkennenswerter Aeußerungen dem „Marxismus" die Absicht unterschob, den Mittelstand zu vernichten, ist angesichts der von ihm vorher selbst festgestellten skrupellosen Betätigung (auch den kleinen Kollegen gegenüber) der Vertreter des Großunternehmertums wohl mehr als geistige Nachschwätzung dieser längst durch die Tatsachen als Schwindel entlarvten Behauptung anzusprechen. Viele mittlere und Kleinmeister haben längst erkannt, daß sie im Kampf gegen das Großkapital an die Seite der organisierten Arbeiterschaft gehören und dementsprechend handeln. Das zeigte sich, als ein recht ulkig aussehendes Männlein nach Schluß der Versammlung plötzlich das Podium erklomm und nach einigen wirren Sätzen aufforderte zu einem „Heil Hitler". Zwischen den wenigen Heils erklang recht vernehmlich der Gruß der Arbeiterschaft „Freiheit!"

Austauscharbeiter!

Für internationale Zusammenarbeit

Argentinien, eines der ganz wenigen Länder, die den Arbeitslosen unter nicht leicht zu erfüllenden Bedingungen und auf eigenes Risiko bisher offen standen, schließt sich mit dem neuen Jahr nun auch ab. Für die europäischen Länder gilt dies ohne Ausnahme schon längst. In fremde Länder reisen, deren Sprache lernen, deren Menschen näher kommen, deren wirtschaftliche und politische Verhältnisse und Entwicklung studieren, ist heute im allgemeinen nur denen möglich, die entweder das nötige Geld dazu haben oder denen man es durch Stipendien gibt. Für die Arbeiterschaft besteht — von einem kleinen Kreis von Spezialisten abgesehen — in diesem Punkte die vollkommenste „Autarkie". Wer ins Ausland reist, muß sich verpflichten, dort keinerlei Erwerbstätigkeit nachzugehen.

In den letzten Jahren hat man — vorzüglich in Deutschland — versucht, durch Organisierung billiger Auslandsreisen einen gewissen Ersatz zu schaffen. Lohnabbau und Krise haben auch diesem unzulänglichen Ersatz den Garaus gemacht. Der trotz aller Widerstände langsam in Schwung kommende Schüleraustausch während der Schulferien ist zu begrüßen und zu fördern. Er müßte durch Angleichung der Schulprogramme über die Ferien hinaus ausgedehnt werden. Aber das steht vorläufig leider noch in weiter Ferne. Auch die Freunde der internationalen Kleinarbeit leisten unter sehr schwierigen Verhältnissen eine verdienstvolle Pionierarbeit. Selbst unsere Kinderfreunde haben schon ihre Fühler nach dem Ausland ausgestreckt. Schließlich haben wir das Radio, das ja nicht überall verschollt ist.

Alle diese Möglichkeiten sind auch für die, denen sie zugänglich sind, bei weitem kein vollwertiger Ersatz für einen jahrelangen Aufenthalt im Ausland. Und um ein Land und seine Menschen wirklich zu kennen, dazu ist auch unter den günstigsten Bedingungen ein Aufenthalt von mehreren Jahren notwendig. Vergessen wir doch nicht, daß tausendjährige Vorurteile uns im Blute liegen, daß wir uns rein physiologisch umstellen müssen, um uns nur an die Ernährungsart und das Klima eines fremden Landes so zu gewöhnen, daß es uns nicht mehr fremd anmutet. Erst wenn wir dies und die gröbsten Sprachschwierigkeiten überwunden haben — und viele überwinden sie nie —, erst dann beginnen wir, ein Land und seine Menschen zu verstehen.

Es bedarf keines Nachweises dafür, daß diese Absperrung aller Länder vor der Arbeiterschaft wie vor Pestkranken, wenn sie dauert — und sie wird solange dauern, wie es Arbeitslose in Massen gibt, also gewiß noch sehr lange — eine steigende und gar nicht hoch genug einzuschätzende Gefahr für die internationale Zusammenarbeit der Arbeiterklasse ist, wie für die Verständigung der Völker und den Frieden überhaupt. Dagegen anzukämpfen haben in erster Linie die Gewerkschaften ein Interesse und auch die Möglichkeit.

Wenn dem wilden Herumvagabundieren der Vorkriegszeit wahrscheinlich für immer ein Ende gemacht ist, so braucht man dem nicht sonderlich nachzutrauern. Hier war in gewissen Ländern eine Quelle des Lohndrucks. Außerdem sind die Zureisenden selten gern gesehen, können schon deshalb sich schwer einleben, bleiben immer Fremde und scheiden sehr häufig von dem Gastlande mit ganz verfälschten Vorstellungen.

Da die Massenarbeitslosigkeit alle Wanderungen großen Stils auf lange Jahre ausschließt, bleibt nur der Arbeiteraustausch. Genau so wie es heute schon einen Schüleraustausch gibt. Es ist klar, daß ein derartiger Austausch, wenn er sinnvoll vorgenommen werden soll, nur durch Gewerkschaften geschehen kann. Der Arbeiter, der Angestellte, der in irgendeiner Stadt in Deutschland in Arbeit steht, müßte gegen einen anderen Arbeiter in England, Frankreich, Skandinavien, Spanien, Belgien usw. ausgetauscht werden. Es ist selbstverständlich, daß dieser Austauscharbeiter in dem Tauschland nicht nur wie ein Einheimischer behandelt werden müßte, sondern daß er einer besonderen Betreuung bedarf.

Die Meisterung der Sprache muß ihm erleichtert werden. Alle Möglichkeiten, ein Land und seine Sitten von innen kennenzulernen, müssen ihm erschlossen werden. Im Falle des Verlustes der Arbeitsstelle muß er zur Erlangung einer anderen Arbeitsstelle nach Möglichkeit bevorzugt behandelt werden. (Was ja keine Bevorzugung eines Ausländers wäre, da der Landsmann im Auslande sich in der gleichen Lage befinden würde.) Der arbeitslose Austauscharbeiter muß ausreichend unterstützt werden.

Da diese Austauscharbeiter fremde Sprachen und Arbeitsmethoden lernen, kann man mit Recht für dieses Austauschverfahren die Unterstützung der Arbeitsbehörden verlangen. Daß die Gewerkschaften die Auswahl der Austauscharbeiter zu treffen hätten, versteht sich von selbst. Sie hätten sie auch zunächst durch geeignete Kurse vorzubereiten. So wäre es möglich, daß tausende junger lernbegieriger Arbeiter und Angestellter ins Ausland gingen als Pioniere der Völkerverständigung und der internationalen Zusammenarbeit.

J. Steiner-Jullien.

Der Schiedsspruch für das Hamburger Gastwirtsgewerbe wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, von den Angestellten angenommen. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien zwecks Verhandlungen über die Forderung der Angestellten auf Verbindlichkeitserklärung des Spruchs zum 31. Dezember geladen.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit". / Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 30 Pf., Reklamezeile 1,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 15 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstr. 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: **Rudolf Breitscheid**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Feuilleton: **Herbert Lepere**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Otto Hengst**; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

SCHICKSALSMASCHINE

30] ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

„Wenn ich also richtig verstehe, Herr Geheimrat, kann man nicht so erzeugen wie bisher, weil sonst die Anzüge zu teuer wären; entläßt man aber die Arbeiter und produziert billig, dann können die Entlassenen nicht kaufen, das heißt also, daß es ganz in Ordnung ist, wenn sich in den Magazinen die Anzüge immer mehr anhäufen und kein Mensch einen kaufen kann."

„In Ordnung ist das sicher nicht, aber . . ."

„Aber Sie tragen dazu bei, diesen Zustand zu vervollkommnen, Herr Geheimrat."

„Aha, also sind wir so weit, bin ich also wieder schuld, bin ich der leibhaftige Gottseibeiuns! — Wie? Nun hören Sie, Wormser, ich bin das gewohnt, all das ist mir nicht neu. Aber glauben Sie wirklich, daß ich auf nichts anderes sinne, als den Menschen jede Möglichkeit der Arbeit zu rauben — hieße das die Dinge nicht allzu einfach sehen? Wir trachten doch nur, den Menschen das Leben angenehmer zu machen. Ist es denn notwendig, daß der Mensch wie ein Tier arbeitet? Muß er Steine aus den Bergen, Kohle aus der Erde holen? Kann das die Maschine nicht für ihn tun? Ist er denn zu nichts anderem auf dieser Welt, als um Ware zu erzeugen?"

„Ja, ja, Sie erleichtern dem armen Menschen das Leben so sehr, daß Sie es ihm in Bälde überhaupt ganz abgewöhnt haben werden. Allmählich verstehe ich schon Ihren edlen und humanen Gedankengang: Sie werden durch Ihre Erfindungen dem Menschen die Arbeit so sehr abnehmen, daß er infolge Mangels jeglicher Arbeit verhungern wird, und da der verhungerte Mensch keinerlei Kuliarbeit mehr verrichten kann, haben Sie ihn endgültig von ihr befreit."

„Sie machen uns auch", fuhr Crusius unbehindert fort, „für Dinge verantwortlich, für die wir gar nicht verantwortlich sein können. Sie sprechen immer von Erfindern und Erfindungen. Es gibt ja gar keine Erfinder und gar keine Erfindungen. Seit einer Generation ist keine Erfindung von weitreichender Bedeutung entstanden. Die Maschine an sich — ja, das ist eine Erfindung, aber wir — wir sind nur Verbesserer der Maschine. Und da die Maschine nun einmal da ist, muß sie verbessert, muß sie vervollkommnet werden, ihr Wesen selbst verlangt das. Können Sie heute noch am Spinnrad sitzen? Wollen Sie den Stoff für Ihren Anzug noch selbst weben, wie es Ihre Ahnen gemacht haben? Können Sie heute noch Ihren Anzug mit der Hand nähen, statt sich der Nähmaschine zu bedienen? Ihr Verächter der Technik! Man nehme euch nur ein ganz klein wenig eurer zivilisatorischen Errungenschaften und Ihr werdet Zeter und Mordio schreiben! Denken Sie aus Ihrem Zimmer das elektrische Licht weg und zünden Sie wieder Kerzen an! Wie denken Sie über eine Behausung ohne Badezimmer, über eine Stadt ohne Straßenbahn, über ein Land ohne Eisenbahn? All diese Dinge haben Menschen Arbeit geraubt . . ."

„Aber auch Arbeit gegeben!"

„Ja. Aber wir sind doch für die ungerechte, für die über den Menschen hinwegschreitende Ausnützung unserer Erfindungen nicht verantwortlich."

„Nein, nein, Ihr seid alle unschuldige Kinder. Ihr erfindet nur um der Erfindung willen, Ihr verkauft eure Erfindungen nur aus Menschenliebe."

„Sie, Wormser, haben zweifellos das Recht, ungerecht zu denken, denn Sie gehören zu den Betroffenen. Sie haben nicht mehr den klaren Blick. Denn sonst sähen Sie, daß wir uns nicht in einer Krise befinden, sondern daß wir vor einer Wende unserer Gesellschaftsordnung stehen."

„Ich danke Ihnen, Herr Geheimrat", sagte der Schriftsteller und erhob sich, „ich danke Ihnen recht sehr, denn jetzt weiß ich, warum ich mir den Anzug nicht kaufen kann: Nicht etwa, weil wir uns in einer Krise befinden — sondern weil wir vor einer Wende unserer Gesellschaftsordnung stehen. Das zu erfahren war mir wichtig und nun bin ich sehr beruhigt."

Kaum hatte sich Crusius wieder zu seiner Arbeit gesetzt, als ihm ein neuer Besuch gemeldet wurde; es war Direktor Lechner der Weltlinschen Werke, der ihn dringend zu sprechen wünschte.

„Sie müssen entschuldigen, Herr Geheimrat", begann Lechner, „daß ich Sie störe, aber ich muß Ihnen unbedingt Bericht erstatten. Unsere Situation ist ganz verworren!"

„Na, was ist denn los, Herr Direktor? So schlimm wird es doch nicht sein!"

„Herr Geheimrat haben ja die heutigen Zeitungen schon gelesen?"

„Ja — und?"

„Der Sturz des englischen Pfundes bedeutet eine Katastrophe für uns. Wir haben dort gegen hunderttausend Pfund Außenstände und verlieren daran zwanzig Prozent."

„Das ist zweifellos sehr bedauerlich. Aber bedeutet denn das für uns eine Katastrophe?"

„Das allein wär's noch nicht. Aber bedenken Sie, Herr Geheimrat, daß wir auch an unseren Forderungen in Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland zwanzig Prozent verlieren und ziehen Sie ferner in Betracht, daß wir aus all diesen Ländern namhafte Aufträge haben, von denen der größte Teil fertiggestellt ist und die wir nun nicht liefern können, wenn wir nicht neuerlich verlieren wollen."

„Die Leute werden schon mehr bezahlen, wenn sie die Maschinen brauchen."

„Das glaube ich nicht, Herr Geheimrat. Inzwischen aber brennt der Boden unter uns. Die fertiggestellten oder fast fertiggestellten Maschinen repräsentieren ein Vermögen. Auch wir benötigen Geld, auch wir haben Verpflichtungen — woher sollen wir's nehmen, wie erfüllen, wenn wir die Maschinen nicht verkaufen, wenn wir nicht Wechsel- und Geldeingänge bekommen?"

„Ja, und die Banken, Herr Direktor?"

„Banken, Herr Geheimrat!" sagte Lechner und lachte nervös auf. „Banken — wo gibt es heute eine, die helfen kann?! Ich habe alles versucht, es ist vergeblich. Dazu kommt, daß wir mit den Forderungen nicht warten können. Die Devisenverordnungen, die unsere Regierung erlassen hat, verpflichten uns, alle Außenstände der Nationalbank anzumelden, der Verlust ist also unwiderruflich, wir können nicht auf Besserung warten, und es ist auch gar nicht abzusehen, wann und woher diese Besserung kommen sollte."

„Also, was schlagen Sie vor, Herr Direktor?"

„Ich sehe nur einen Weg, Herr Geheimrat: Wir wenden uns an die Regierung um Hilfe. Und sollten wir diese nicht in ausreichendem Maße erhalten, dann müssen wir schließen — und zwar sofort!"

„Haben Sie das auch gut bedacht?" fragte Crusius; er ging mit großen Schritten im Zimmer auf und ab. „Haben Sie das bedacht? Schließen — das hieße neuerlich Tausende von Leuten arbeitslos machen, denn mit der Schließung unserer Werke werden doch auch soundso viel andere Betriebe ohne Arbeit sein! Das geht nicht, Herr, das geht nicht!"

„Sehen Sie etwa einen anderen Weg, Herr Geheimrat?"

„Die Zeit erfüllt sich", sagte Crusius, blieb vor dem Besucher stehen und fuhr fort: „Kommen Sie, Herr Direktor, ich will die nötigen Wege mit Ihnen gehen. Vielleicht kann ich, kann mein Name noch irgendwie helfen!" Und während des Ankleidens sagte er immer und immer wieder nur: Weltlin! Weltlin!

(Fortsetzung folgt.)

Artur Rosenberg:

Rom und Jerusalem

Anmerkungen zu Lion Feuchtwangers „Der jüdische Krieg"

Im Jahre 70 nach Christus haben die römischen Legionen Jerusalem und den Tempel zerstört. Das war der tödliche Schlag für das Judentum in Palästina. Seitdem spielt sich die jüdische Geschichte in der Zerstreuung unter den anderen Völkern ab. Der Untergang Jerusalems ist der Gegenstand eines bedeutenden historischen Romans, den Lion Feuchtwanger vor kurzem vollendete. („Der Jüdische Krieg". Zwischen Rom und Jerusalem. Propyläen-Verlag.)

Der historische Roman ist eine problematische Gattung der Literatur. Nicht mit Unrecht wollen viele kritisch gebildete Leser von historischen Erzählungen nichts wissen. Denn jeder Mißbrauch, der mit der Geschichte getrieben wird, kehrt in verstärktem Maße im geschichtlichen Roman wieder. Die Geschichte, kritisch und materialistisch aufgefaßt, ist ein mächtiger Hebel zur Befreiung der Menschheit. Mit der falschen Erhabenheit der Ideologie umhüllt, ist die Geschichte eine Kraft der Reaktion. Zunächst kann man versuchen, alle Mißstände der Gegenwart mit dem alten ehrwürdigen Mantel des historisch Gewordenen zu umkleiden. Noch wichtiger ist das Bestreben, den ringenden Menschen der Gegenwart unsicher zu machen, indem man seiner eigenen Unzulänglichkeit die riesigen Schatten der Vergangenheit entgegenstellt. Alles Pathos ist im gewissen Sinne reaktionär, indem es den lebenden Menschen vor unergründlichen Erhabenheiten in den Staub drücken möchte. Das gilt ganz besonders von dem Pathos der Distanz, von dem Pathos der Historie.

Der historische Roman wurde eine typische Literaturgattung für das vom Feudalismus geschlagene und vom Proletariat erschreckte deutsche Bürgertum der Zeit seit 1850. Man legte sich die Toga der Römer und die Bärenhaut der Germanen um, man schwang das Szepter der Pharaonen, man schwelgte in den schaurigen Abenteuern der Renaissance. Man lief zurück in die fernste Vergangenheit, um dort „das Schöne und das Erhabene" zu finden, das der kümmerlichen Gegenwart Halt und Kraft geben sollte. Besonders das Römerdrama und der Römerroman wurden der Tummelplatz eines leeren abgedroschenen Pathos. Man möchte fast glauben, daß solche Bücher den Zweck verfolgen, ihre Leser zu ewigen Quartanern zu machen.

In der letzten Generation hat der unsterbliche Anatole France eine ganz andere literarische Behandlung des Altertums versucht. Er war im Besitz einer erstaunlich genauen Kenntnis der Griechen und Römer. Aber zugleich war er ein kritischer moderner Geist und in enger Fühlung mit der sozialistischen Arbeiterbewegung. Anatole France verschmähte das Pathos der Historie. Denn nichts ist deswegen erhaben, weil es sich vor 2000 Jahren abgespielt hat. Er zeigte uns die Römer als die bürgerlichen Menschen und das römische Weltreich als die ungeheure technisch-kapitalistische Maschinerie.

Es ist das höchste Lob, das man Lion Feuchtwanger erteilen kann, wenn man feststellt, er schreibe einen historischen Roman im Geiste von Anatole France. Er kommt zwar dem französischen Meister in der unvergleichlichen Kraft der Konzentration nicht gleich. Aber Feuchtwanger hat ebenfalls in gründlichen Studien sich ein Bild von den alten Römern gemacht, wie sie wirklich gewesen sind. Er zeigt das kapitalistisch-technische Rom im Zeitalter der Cäsaren. Es bleibt der ungeheure Unterschied zwischen der Antike und der Gegenwart bestehen, weil damals ein Industriekapital in unserem Sinne nicht vorhanden war. Aber dafür gab es ein mächtiges spekulatives Handels- und Bankkapital. Ueberhaupt war die römische Antike bereits ein bürgerliches Zeitalter und steht uns deshalb viel näher als z. B. das feudale Mittelalter.

So kann Feuchtwanger ohne einen historischen Fehler zu begehen, die Krücken des Pathos wegwerfen und die Römer als Menschen unserer Art malen. Damit erregte er bei den Leuten Aergernis, denen die antike Erhabenheit als ideologisches Schlafmittel wohl tut. Eine Kleinigkeit sei hier als Beispiel angeführt: Die lateinische Sprache hatte vernünftigerweise nur eine einzige Anredeform. Sie kannte den steifen lächerlichen Unterschied des deutschen „du" und „Sie" nicht. Bei Feuchtwanger reden sich die Römer, wo es sachlich geboten erscheint, mit „Sie" an. Die althergebrachte schulmäßige Uebersetzung dagegen läßt sämtliche Lateiner sich duzen. Selbstverständlich hat Feuchtwanger recht. Denn wenn zwei ernste Männer, die miteinander nicht intim befreundet sind, verhandeln, müssen sie im Deutschen „Sie" sagen. Wenn man die beiden sich duzen läßt, verlegt man damit die Szene in den Götterhimmel oder in die Kinderstube.

Der Krieg der Römer gegen die Juden war nicht nur ein nationaler, sondern vor allem ein sozialer Kampf. Die besitzenden Juden suchten sich vielfach dem herrschenden Römertum anzupassen, wobei ihre Geschäfte gediehen. Die arme Masse in Palästina dagegen gehörte der sozialrevolutionären Richtung der Zeloten an. Die Zeloten wollten zugleich die jüdische und die römische Herrenschicht beseitigen und eine religiöse Republik des armen Volkes errichten. In einem heldenhaften Kampfe sind die jüdischen Revolutionäre den römischen Legionen, dem römischen Kapital und den Verrätern aus dem eigenen Volk erlegen.

Der Held in Feuchtwangers Roman ist der jüdische Geschichtsschreiber Josephus, der in einem berühmten Werk den Untergang Jerusalems geschildert hat. Josephus, ein hochbegabter, aber völlig charakterloser Mensch, war erst, wie Feuchtwanger sagt, ein „Volkskommissar" der jüdischen Revolutionäre, dann ließ er sich von den Römern fangen, machte sich bei der römischen Heeresleitung unentbehrlich und hat im Gefolge des römischen Generals die Zerstörung Jerusalems mit angesehen. Das Geschichtswerk des Josephus ist ein hochinteressantes Werk, aber von einer, man möchte sagen, weißgardistischen Gehässigkeit gegen die jüdische Revolution. Feuchtwanger hat sich in die Personen und das Werk des Josephus gründlich vertieft, aber er ließ sich von dem tendenziösen Urteil des Josephus nicht verführen und hat die Zeloten gerecht dargestellt. Auch der Verfasser eines historischen Romans ist ein Dichter und hat die Freiheit des Poeten gegenüber den Tatsachen. Dennoch sei ein wichtiger Punkt hervorgehoben, in dem die Darstellung Feuchtwangers von der historischen Wahrheit abweicht. Der römische General Titus wollte nach der besten Ueberlieferung unbedingt den Tempel des jüdischen Gottes zerstören. Feuchtwanger dagegen, in Anlehnung an Josephus, stellt es so dar, als sei der Tempel nur einer Verkettung unglücklicher Umstände zum Opfer gefallen.

Feuchtwangers lebendige, spannende und kraftvolle Darstellung wird vielen Tausenden moderner Leser jene bedeutsame Geschichtsepoche neu erschließen. Sie wird das Andenken jener Männer erneuern, die vor 1882 Jahren in Jerusalem auf verlorenem Posten für die soziale und nationale Gerechtigkeit gefallen sind.

Klassische Philosophen

Epikur 341–270 v. Chr.

Gewöhne dich an den Gedanken, daß der Tod uns nichts angehe; denn alles Gute und Schlimme beruht auf Empfindung; der Tod aber besteht eben in der Aufhebung der Empfindung. Deshalb ermöglicht uns die richtige Erkenntnis, daß der Tod uns nichts angehe, erst den Genuß des sterblichen Lebens, indem sie nicht an dieses ein Dasein von unendlicher Dauer ansetzt, sondern indem sie Sehnsucht nach Unsterblichkeit beseitigt. Denn nichts ist im Leben für den furchtbar, der wirklich den Gedanken erfaßt hat, daß im Nichtleben nichts Furchtbares liegt. Es ist also eine törichte Behauptung, man fürchte den Tod nicht, weil er schmerzen werde, wenn er einmal kommt, sondern weil die Aussicht auf ihn schmerze. Denn was, wenn es da ist, nicht widerwärtig ist, bei dem ist es eine Einbildung, daß seine Erwartung Schmerz verursache. Das schauerlichste Uebel, der Tod, geht uns somit nichts an, weil, solange wir sind, der Tod nicht da ist; ist er aber da, so sind wir nicht mehr da.

*

Es ist ferner zu bedenken, daß von den Begierden die einen natürlich sind, die anderen grundlos, und von den natürlichen die einen notwendig, die anderen nur natürlich; von den notwendigen sind die einen zum Glück notwendig, die anderen zur Beruhigung des Leibes, wieder andere zum Leben selbst. Welche von ihnen zu wählen und welche zu meiden sind, das vermag die Sicherheit der Lehre über sie auf die Gesundheit des Leibes und auf den Frieden der Seele zurückzuführen, weil dies das Ziel eines glücklichen Lebens ist. Denn das ist der Zweck alles unseres Tuns, daß wir nicht den Schmerz erleiden noch im Innern gestört werden. Ist uns dies einmal zuteil geworden, dann legt sich der ganze Sturm der Seele, da dann das lebende Wesen nicht mehr auf etwas Unzureichendes ausgehen noch etwas anderes suchen kann, was das höchste Gut für Leib und Seele bilden könnte. Denn wir haben nur dann ein Bedürfnis nach Lust, wenn wir infolge der Abwesenheit von Lust Schmerz empfinden; wenn wir aber keine Lust empfinden, brauchen wir auch die Lust nicht mehr. Deshalb bezeichnen wir die Lust als Ausgangspunkt und Ziel des glücklichen Lebens. In ihr haben wir das erste und angeborene Gut erkannt; sie bildet den Ausgangspunkt für all unser Wählen und Meiden und auf sie kommen wir zurück, indem wir alles, was gut ist, nach dem Maßstab des Affektes beurteilen. Und da sie das erste und angeborene Gut ist, so wählen wir auch darum nicht jede Lust, sondern wir verzichten unter Umständen auf vieles, was Lust bringt, wenn die Folgen davon für uns eine größere Widerwärtigkeit wäre; und viele Schmerzen ziehen wir der Lust vor, wenn eine größere Lust daraus entspringt, daß wir langwierige Schmerzen ertragen.

*

Weder in der Jugend sollte man zaudern, sich der Philosophie zu ergeben, noch im Alter dessen müde werden. Denn es ist nie weder zu früh noch zu spät, wenn es sich um die Gesundheit der Seele handelt. Wer aber sagt, er wolle noch nicht mit der Philosophie beginnen, oder die Zeit dazu sei vorüber, der gleicht einem Menschen, der sagt, die Zeit zum Glück sei noch nicht oder nicht mehr da.

Die Wahrheit über den Stahlverein

Durch Ueberkapitalisierung und Fehlspekulation ruiniert

Die Großaktionäre der Vereinigten Stahlwerke à la Fritz Thyssen wollen mit aller Gewalt die notwendige Sanierung verhindern. Herr v. Flotow wird unter schärfsten Druck gesetzt, das von ihm im Auftrag des Reichs zu erstattende Gutachten zum Vorteil der privaten Großaktionäre zu formulieren. Größte öffentliche Interessen stehen auf dem Spiel. Was ist die Wahrheit?

Wenn Herr v. Flotow die Wahrheit suchen würde, müßte er von der Feststellung ausgehen: Der Stahlverein wurde von vornherein überkapitalisiert.

Das Kapital des Stahlvereins ist 1926 bei der Gründung mit 800 Millionen festgesetzt worden. Nach den ursprünglichen eigenen Ansichten der Gründer wäre höchstens ein Kapital von 600 Millionen angemessen gewesen. Die Gründer erhielten aber außer den 800 Millionen Mark Aktien für eingebrachte Patente und Lizenzen noch 125 Millionen Mark Genußscheine (die übrigens 1931 bis 1935 in Raten noch zu tilgen und mit 5 Prozent zu verzinsen sind!). Das mit Rente zu versehende Kapital betrug nach der Gründung also faktisch 925 Millionen Mark. Das waren schon damals 325 Millionen oder mehr als 50 Prozent zu viel. Diese 325 Millionen sind als

unberechtigte Gründungsgewinne

anzusehen. Die Gründer haben sich aber noch über 100 Millionen für die eingebrachten Vorräte zahlen lassen.

Die Verantwortung für diese Ueberkapitalisierung liegt klar zu Tage. Die Gründergesellschaften, die zum großen Teil mit den privaten Großaktionären von heute noch identisch sind, haben bewußt hohe Gründergewinne gewollt:

Im Januar 1926, drei Monate vor der Gründung, hat Generaldirektor Haßlacher erklärt, daß sich „mit einer Kapazitätsausnutzung von 55 Proz. für Kohle und von 65 Proz. für Eisen nicht wirtschaftlich arbeiten" lasse. Das galt schon für die vor der Gründung — um nicht weniger als 170 Millionen niedrigere Bewertung der Anlagen.

Generaldirektor Vögler hat vor dem Enqueteausschuß erklärt: „Die Tatsache, daß keine der Unternehmungen in der Lage war, ihre Schulden abzuverdienen, bis auf wenige Ausnahmen, war wohl in der Hauptsache der Grund unseres Zusammenschlusses. Ich übertreibe gar nicht, wenn ich sage, daß ohne den Zusammenschluß die Hälfte der in den Vereinigten Stahlwerken zusammengeschlossenen Unternehmungen in wenigen Monaten vor Kapitalzusammenlegungen gestanden hätte."

Zu dieser Feststellung des Generaldirektors Vögler ist die Aussage des kürzlich verstorbenen Finanzberaters der Ruhrkonzerne, des Bankiers Louis Hagen, zu nehmen, der vor dem Enquete-Ausschuß schon für die Gründergesellschaften des Stahlvereins selbst eine Ueberkapitalisierung festgestellt hat.

Diese Feststellungen von unmittelbar und mittelbar Verantwortlichen zeigen klar, daß es den Gründern des Stahlvereins voll bewußt gewesen sein muß, daß sie bei 800 Millionen Kapital und 125 Millionen Genußscheinen eine Ueberkapitalisierung durchführen.

Nun war gewiß die Verbesserung der Rentabilitätsgrundlagen durch technische und kaufmännische Rationalisierung der Sinn des Zusammenschlusses. Da aber nach den Feststellungen von Haßlacher und Vögler es sich zunächst nur um die Beseitigung von Verlustquellen, also nur um die Schaffung einer noch nicht vorhandenen Rentabilität handelte, war es kaufmännisch nicht zu verantworten, wie es geschehen ist, die Anlagen noch um 170 Millionen höher als bei den alten Gesellschaften zu bewerten.

Wenn Herr von Flotow die Wahrheit sucht, wäre zur heutigen Lage des Stahlvereins folgende weitere Feststellung zu treffen: Die heutige und ohne Sanierung dauernde Unrentabilität des Stahlvereins ist die Folge seiner übermäßigen Verschuldung, diese aber wäre ohne die Ueberkapitalisierung nicht möglich gewesen.

Die Beurteilung der Lage des Stahlvereins ergibt sich aus unseren Zusammenstellungen:

I. Das Eigenkapital und die Schulden in Millionen Mark

	April 26	(Sept. 30)	Sept. 31	Ab- und Zunahme geg. 1926
Eigenkapital u. Res.	880	(880)	836	— 44
Schulden	318	(886)	942	+ 624
Anlagewerte ohne Abschreib	1078	(1439)	1478	+ 400
Anlagewerte mit Abschreib	1078	(1076)	1072	— 6
Beteiligungen . . .	93	(318)	291	+ 198
Umsatz	—	(1261)	849	

II. Kapazität und Ausnutzung der Werke in Millionen Tonnen

	Kohle	Koks	Roheisen	Rohstahl
Kapazität 1. 4. 26 . .	37,20	9,20	10,10	9,40
„ 1. 1. 32 . .	33,30	10,50	10,00	9,26
Höchste Ausnutzung 1928/29 . . .	27,24	9,63	6,01	6.42
Niedrigste Ausnutzg 1931/32	14,28	3,86	2,09	2,19
Mittlere Ausnutzg. 1928/29 u. 1931/32	20,76	6,75	4,05	4,30
In Prozent der Kapazität 1932 . .	62,4	64,3	40,5	46,2

III. Umsätze, Lohnkonto, Schuldendienst

	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
Umsatz	1445	1261	849	522
Löhne und Gehälter	501	473	312	ca. 200
Ges Schuldendienst	48,8	51,3	57,1	ca. 61,1
In Proz. d. Umsatzes	3,3	4,1	6,8	11,7
In Proz. d. gezahlten Löhne und Gehälter	9,5	10,9	18,3	30,5

IV. Die Zinslast bei anderen Konzernen

1931 betrug die reine Zinslast im Verh. z. Umsatz . . . . Proz.	Stahlverein	Krupp.	Hoesch	Hamiel.	Mittelstahl
	5,6	2.2	2,5	1,5	2,4

Tabelle I zeigt die um 624 Millionen vermehrten Schulden und entsprechend die um 400 Millionen bzw. 198 Millionen vermehrten Anlagen und Beteiligungen.

Tabelle II stellt Kapazität und Ausnutzung der Werke gegenüber und errechnet die mittlere Ausnutzung der Anlagen.

Tabelle III zeigt, wie trotz rückgängigen Umsätzen der Schuldendienst absolut und relativ schließlich so stark anstieg, daß 1931/32 schätzungsweise jede 8. bis 9. Mark des Umsatzes für den Schuldendienst erforderlich wurde (Schätzungen aus dem „Börsen-Courier"). Der Schuldendienst stieg in 4 Jahren von $^1/_{10}$ auf ⅓ der Lohnsumme.

Tabelle IV zeigt (ebenfalls nach „Börsen-Courier"), daß die reine Zinsbelastung des Stahlvereins zwei-, drei- und fast viermal so stark belastet als andere Montankonzerne.

Aus unseren Zusammenstellungen sind folgende Schlüsse zu ziehen:

Die Bewegungsunfähigkeit und Unrentabilität des Stahlvereins sind nicht in erster Linie durch den Beschäftigungsrückgang, sondern durch die übermäßige Verschuldung und die Höhe des Schuldendienstes verursacht. Diese sind eine Folge der Ueberkapitalisierung bei der Gründung und der Aufrechterhaltung einer zum möglichen Umsatz in Widerspruch stehenden Substanz.

Die mittlere Ausnutzung der Stahlvereinsanlagen betrug in der Vergangenheit im groben Durchschnitt noch nicht 50 Proz. In der Zukunft sind Inlandsaufträge wie in der Bau- und Rationierungszeit von 1926 bis 1929 nicht mehr zu erwarten. Der Kampf auf dem Weltmarkt wird nicht weniger scharf, durch kleinere Inlandsaufträge wahrscheinlich aber noch verlustbringender sein als bisher. Die jetzt übermäßig niedrigen Löhne und Gehälter werden sich in der Zukunft wieder bedeutend erhöhen. Die Kapazität des Stahlvereins war von vornherein zu groß; ihre Aufrechterhaltung und spätere Ausdehnung durch neue Beteiligungen trotz einiger Stillegungen war eine Fehlspekulation.

Die übergroße Kapazität wurde in ihrer Gesamtheit rationalisiert. Da von vornherein Ueberkapitalisierung und Ueberbewertung der Anlagen gegeben war, mußte die Rationalisierung, da aus dem möglichen Umsatz kaum der Erneuerungsbedarf zu finanzieren war zu einer übermäßigen Verschuldung führen

Rationalisierungs- und Verschuldungskosten mußten so hoch werden, daß man mit der Kostensenkung durch Rationalisierung vergeblich der Rentabilität nachlief.

Wenn man durch die Rationalisierung der Anlagen ihre Rentabilisierung erst erhoffte, durfte man den erwarteten Erfolg nicht durch die Verwässerung des Eigenkapitals vorwegnehmen und durch die Aufrechterhaltung einer übermäßigen Kapazität nicht gefährden. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur war die Erwirtschaftung ausreichender Abschreibungen so nicht zu erwarten.

Charakteristisch für diese Zusammenhänge ist, daß die hochleistungsfähige Gute-Hoffnungshütte durch ihre niedrige Kapitalisierung (nur $^1/_6$ des amerikanischen Schätzungswertes statt ½ beim Stahlverein) und durch die richtiger bemessene Kapazität sich im Verhältnis zum Stahlverein nur wenig zu verschulden brauchte (nur etwa ein reichliches Viertel), so daß die Gute-Hoffnungshütte 1928/29, dem besten Konjunkturjahr, ihr Eigen- und Anleihekapital 2,2 mal umschlagen konnte; der Stahlverein schlug sein Kapital nur 0,9 mal um.

Die Ueberkapitalisierung, die eine zu hohe Dividendensumme verlangte, und die Rationalisierung einer übermäßigen Kapazität die eine nutzlose Verschuldung und zu hohe Abschreibungsbedürfnisse brachte, waren

um so ärgere Fehlspekulationen,

als man angesichts der Kapitalteuerung in Deutschland auf die Bildung innerer Reserven bedacht sein mußte. Innere Reserven brauchte man auch für den Fall eines stärkeren Beschäftigungsrückganges, weil bei der großen Bedeutung der fixen Kosten (30 bis 40 Proz.) und der progressiven Kostensteigerung bei sinkender Beschäftigung (nach Klöckner 20 Proz. je Tonne Stahl bei 40prozentiger Ausnutzung) die Rentabilität noch schneller sinkt als der Umsatz.

Alle diese Faktoren mußten dahin wirken, daß ausreichende Ueberschüsse nicht zu sichern, die Kapitalbeschaffung durch neue Aktien unmöglich, die langfristige Anleihebeschaffung an einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr durchführbar, die kurzfristige Verschuldung schließlich der einzige Kreditweg und die faktische Zahlungsunfähigkeit nur dadurch zu verhindern war, daß die Gläubiger mit ihren Forderungen stillhielten. Die faktische Zahlungsunfähigkeit dürfte bemerkenswerterweise beim Stahlverein schon sehr lange vor der vollen Auswirkung des Beschäftigungsrückganges eingetreten sein. Die Behauptung ist wahrscheinlich gerechtfertigt, daß selbst in den besten Konjunkturjahren die Rentabilität des Stahlvereins nicht gesichert war.

Danach kann der Beschäftigungsrückgang nicht die Ursache der Unrentabilität sein.

Die Ursachen des inneren Zusammenbruchs der Vereinigten Stahlwerke können nur in der übermäßigen Verschuldung gesehen werden, die sich aus der Ueberkapitalisierung zu Beginn und aus der Rationalisierung einer übergroßen Kapazität zwangsläufig entwickeln mußte. Für diese Fehlspekulationen sind auch weder der Staat noch die Gewerkschaften in irgendeiner Hinsicht verantwortlich, sondern die Leitung der Vereinigten Stahlwerke, ihre Großaktionäre und die beteiligten Banken allein. Sie haben auch die Opfer zu tragen, die für die Rettung der Vereinigten Stahlwerke zu bringen sind.

Hoesch schreibt ab

Zusammenlegung des Kapitals

In der Aufsichtsratssitzung des Hoesch-Neuessener Bergwerksvereins wurden die Abschlußziffern für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr bekannt gegeben. Der Rohgewinn beträgt 0,69 gegen 7,53 Millionen im Vorjahr. Auf Werksanlagen werden 11,8, auf Beteiligungen 20,57 Millionen abgeschrieben, so daß angesichts des kleinen Rohüberschusses für rund 31 Millionen Mark Verluste bilanzmäßige Deckung zu schaffen ist.

Es werden 40 Millionen eigene Stammaktien mit einem Buchgewinn von 17,36 Millionen Mark eingezogen und zur Deckung verwendet, ferner 0,60 Millionen aus einer Rücklage für Außenstände und 13,02 Millionen aus der ordentlichen Reserve. Das Aktienkapital wird dann 102,76 Millionen Mark betragen, die Reserve 15 Millionen Mark. Für den 21. Dezember wird eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um die Einziehung der 40 Millionen Mark Hoesch-Aktien zu beschließen.

Wagemann über Konjunktur

Oeffentliche Arbeitsbeschaffung gefordert

Professor Wagemann sprach auf der Herbsttagung des Wirtschaftsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg über „Die Konjunktur und ihre Aussichten". Sowohl in der Welt und in Deutschland seien Ansätze zur Besserung festzustellen. Die Weltvorräte vermehrten sich nicht mehr, die Weltproduktion sei ein wenig — allerdings im Vergleich zur Produktionskapazität minimal — gestiegen.

Die deutschen Vorräte hätten sich seit 1928 bis jetzt von 28 auf 22,5 Milliarden Mark vermindert. Aber der Lagerabbau sei noch nicht so weit vorgeschritten, daß von hier aus eine Produktionsbelebung zu erwarten sei. Die Vorgänge auf dem Geld- und Kapitalmarkt seien nicht ungünstig. Die Sparkassen verzeichneten im Oktober wieder einen Einzahlungsüberschuß, die gehamsterten Noten kämen wieder zum Vorschein, die Bankbilanzen zeigten, daß die eigentliche Kreditkrise überwunden sei.

Zu übertriebenem Optimismus bestehe aber noch kein Anlaß. Bei 6 bis 7 Millionen Arbeitslosen würde die Privatwirtschaft nur sehr schwer aus eigener Kraft auf die Beine kommen können. Denn die Ursache der Krise sei nicht Kapitalmangel, da an Produktionsmöglichkeiten Ueberfluß bestehe, sondern Absatzmangel. Neben Zins- und Steuersenkungen sei also eine Hebung des Absatzes durch öffentliche Arbeitsbeschaffung unbedingt notwendig. Voraussetzung für eine großzügige Arbeitsbeschaffung sei irgendeine Art von Kreditausweitung. Damit daraus keine Gefahren für die Währung erwüchsen, seien Sicherungen notwendig. Solche Sicherungen beständen in einer grundlegenden Reorganisation der Großbanken und in einer öffentlichen Kontrolle ihrer Kreditschöpfung. Eine solche „aktivistische Wirtschaftspolitik" sei das einzige Mittel zur Krisenüberwindung.

Rapider Pfundsturz

Der Schilling nur noch 64,9 Pfennig

Das englische Pfund erlebte am Dienstag einen stürmischen Tag. Von New York ausgehend setzte sich der Kurseinbruch rapide fort. Im Verhältnis zum Dollar sank das Pfund von 3,20 in kurzen Sprüngen bis auf 3,15½, was, auf Markwährung umgerechnet, einem Kurzsturz von 13,44 auf 13,25½ M. entspricht. Der englische Schilling (Goldparität = 1 Reichsmark) ist damit auf 64,9 Goldpfennige gesunken.

Die Unruhe auf dem Pfundmarkt hält an, obwohl sich die Nachricht bestätigt, daß aus England Gold im Werte von etwa 3 Millionen Pfund nach New York verschifft worden sind. Es erhält sich aber hartnäckig das Gerücht, daß diese Goldverschiffung nur zum kleineren Teil auf englische Rechnung, zum größeren Teil dagegen auf französische Rechnung erfolgt.

Erdölkonflikt

Persien hebt die Oelkonzession auf

Zwischen der persischen Regierung und der Anglo Persian Oil Cy. — das bedeutet: zwischen Persien und England — ist ein Konflikt ausgebrochen, der ein interessantes Licht auf die Methoden des Imperialismus, auf die Verquickung von Politik und Geschäft wirft.

Die Anglo Persian ist der drittgrößte Erdölweltrust (nach Standard Oil und Shell) und beutet vor allem die persischen Oelquellen aus, auf die ihr im Jahre 1901 eine Konzession auf 60 Jahre erteilt wurde. Die Konzessionsabgaben sind infolge des Sinkens der Weltmarktpreise für Erdöl so gering geworden, daß seit mehreren Jahren über eine Erhöhung verhandelt wurde, ohne Erfolg. Jetzt hat die persische Regierung der Gesellschaft plötzlich die Konzession gekündigt; sie hat sich aber zu neuen Verhandlungen bereit erklärt. Die Anglo Persian hat die Kündigung nicht angenommen, da sie im Konzessionsvertrage nicht vorgesehen sei.

Die Angelegenheit wird zu einer politischen durch, als die englische Regierung die Mehrheit des Aktienkapitals der Anglo Persian, nämlich 7,5 von 13,42 Millionen Pfund, besitzt. Das weitere Vorgehen der englischen Gesellschaft wird daher vom englischen Kabinett bestimmt werden, das vorläufig allerdings mit wichtigeren Fragen, nämlich den der Kriegsschuldenzahlung an Amerika, beschäftigt ist.

Zentralgenossenschaftskasse

In der ersten Hauptversammlung der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse wurden entsprechend der Notverordnung vom 31. Oktober d. J. die Ausschußmitglieder gewählt. Hermes, Hohenegg, Rabe, Kramer, Reidel und Huguenin vertreten in dem zehnköpfigen Gremium die landwirtschaftlichen Genossenschaften, Schumacher, Schumann und Esser vertreten die gewerblichen Genossenschaften; als Vertreter der Konsumgenossenschaften wurde Direktor Albert von der GEG.-Hamburg gewählt.

Staatliche Elektropolitik

Die Preußische Elektrizitäts-A.-G. (Preag) und die A.-G. Sächsische Werke — Preußens und Sachsens Elektrokonzerne — haben sich in die Beherrschung der Thüringer Gas-A.-G. jetzt gleichmäßig geteilt. Die Preag hat der A.-G. Sächsischer Werke 3 Millionen Mark Thüringer Gas-Aktien zum Einstandskurs übergeben, wodurch jeder der beiden Konzerne jetzt über 8,25 Millionen Mark Aktien von dem 30-Millionen-Kapital der Thüringer Gasgesellschaft verfügt. Die Maßnahme entspricht der Abmachung eines Interessengemeinschaftsvertrages für die gemeinsame elektrowirtschaftliche Betätigung in Mitteldeutschland, der 1930 abgeschlossen wurde und ein gleichberechtigtes Vorgehen vorsah.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., die heute vom Reich beherrscht wird, hat zum 14. Dezember ihre Generalversammlung einberufen. Der Geschäftsbericht wird demnächst veröffentlicht.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn. Die Reichsregierung hat die mit Ende des Jahres aus dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ausscheidenden Mitglieder Dr. Weiker, Dr. Schmitz, Dr. Silverberg, Herrmann und Kaiser wieder zu Mitgliedern des Verwaltungsrats ernannt.

Die Nordhausener Schachtbauindustrie hat für den Ausbau des Mittellandkanals die Schachtbauten für das Schiffshebewerk bei Wolmirstedt in Auftrag bekommen. Der Auftrag ist mehrere Millionen Mark wert.

Weiße Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.